

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
••••• der Freien Stadt Danzig •••••
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Einzelnenpreis: Die 8-spaltige Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bef. Text, die 3-spaltige Faltzettel 5.— Mk. von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expeditor: Am Spandhaus 6. — Telefon 2990.

Nr. 128

Montag, den 30. Mai 1921

12. Jahrgang

Uneinigkeit der Alliierten über Oberschlesien.

Vorschläge und Beratungen über das oberschlesische Problem.

London, 28. Mai. Laut „Daily Telegraph“ ist der vom Grafen Sforza entworfene Plan jetzt den amtlichen Kreisen in London übermittelt worden. Darin werden zwei alternative Pläne vorgeschlagen, von denen jeder das Industriedreieck entzweischen würde. In London sei man jedoch einer derartigen Teilung durchaus abgeneigt, da sie, wie erklärt wird, vom englischen Standpunkt aus unerwünscht ist und nicht wirksam durchführbar sein würde. Ebenso wird hervorgehoben, daß eine solche Lösung weder Deutschland noch Polen zusagen würde. „Daily Telegraph“ zufolge deutet die Beibehaltung dieser negativen Haltung auf eine Meliorationsverschiebenheit, die noch sowohl vom politischen als auch vom technischen Standpunkt aus zwischen London und Paris besteht, htn. Angesichts dieser Tatsache würde eine Konferenz von Sachverständigen erforderlich, ja sogar unumgänglich notwendig sein.

Paris, 28. Mai. Der englische Botschafter in Paris läßt der Havasagentur folgende Richtigkeitstellung zugehen: In der Presse ist mitgeteilt worden, daß der englische und der italienische Kommissar der interalliierten Abstimmungskommission der Botschafterkonferenz einen Vorschlag unterbreiten würden, Oberschlesien nur zum Teil aufzuteilen und die Aufstellung des strittigen Industriegebietes auf bestimmte Zeit zu verlagern, mit dem Gedanken, daß alles, was nicht sofort Polen zugesprochen werde, müsse an Deutschland zurückfallen. In Wahrheit hat der englische und der italienische Vorschlag einzig den Zweck, die Autorität der interalliierten Kommission wieder herzustellen, die auf dem ganzen Abstimmungsgebiet erhalten bleiben soll. Von einer teilweisen Aufstellung des Abstimmungsgebietes unter Vorwegnahme der endgültigen Entscheidung des Obersten Rates könne keine Rede sein.

Paris, 28. Mai. Dem „Echo de Paris“ zufolge hat sich der Oberste Rat in seiner heutigen Sitzung mit einem Vorschlag des Grafen de Marini und des Obersten Percival zu beschäftigen. Die beiden Kommissare hatten den Vorschlag unterbreitet, unverzüglich die Bezirke, in denen Deutschland ein unantastbares Mehrheitsgebiet erzielt habe, durch deutsche Truppen, und die Bezirke, in denen Polen gesiegt habe, durch polnische Truppen besetzen zu lassen. 17 000 Mann alliierte Truppen sollen alsdann in dem strittigen Industriegebiet zusammengezogen werden, um dort eventl. später die neue Grenzlinie verteidigen zu können. „Pertinax“ nennt dies eine sehr schlechte Kombination. Die französische Regierung werde sie ablehnen, weil die deutschen und die polnischen Führer erklärt hätten, daß sie bereit seien, die Autorität der Volksabstimmungskommission anzuerkennen. Es sei deshalb also ungewiss, ob eine Lösung anzunehmen, die den Grundgedanken in sich schließt, daß der Kampf fortgesetzt werde. Schließlich aber wendet sich „Pertinax“ dagegen, daß man die Bezirke Pleß und Rybnik abspaltete; gerade diese beiden Bezirke hätten eine sehr starke polnische Mehrheit, und wenn man sie abspaltete, dann würde das Stimmenverhältnis für Polen ungünstig. Außerdem liefern die Kreise Pleß und Rybnik nur etwa ein Fünftel der gesamten Kohlenproduktion. Frankreich muß sich also auf den Grundgedanken der Unteilbarkeit des Industriegebietes festlegen.

Paris, 28. Mai. Das „Echo de Paris“ teilt mit, es scheine sich zu bestätigen, daß nach der Meinung der französischen Regierung die nächste Zusammenkunft des Obersten Rates nicht vor dem 15. Juni stattfinden werde. „Pertinax“ erklärt an einer andern Stelle des Blattes, daß diese Verlagerung von der französischen Regierung verlangt werde. Wie das „Echo de Paris“ mitteilt, wird Ministerpräsident Briand Montag im Senat eine Erklärung über die auswärtige Politik und das Abkommen von London abgeben. Man wisse noch nicht, ob sich eine Debatte daran anknüpfen werde.

London, 28. Mai. „Daily Telegraph“ zufolge wird die durch den Rücktritt des Fürsten Sapieha geschaffene Lücke in London als ziemlich verhängnisvoll angesehen, da der Rücktritt beweise, daß die Durchführung einer Politik der Wählung bezüglich Oberschlesiens auf jeden Fall durch die öffentliche Meinung der Polen unmöglich gemacht werde.

Starkes englisches Truppenaufgebot gegen die polnischen Insurgenten.

London, 28. Mai. Der Berliner Vertreter des Reuterschen Bureaus meldet: Eine ganze britische Division wird umgehend nach Oberschlesien abgehen. Sie wird unter dem Kommando des Divisionsgenerals Henniker stehen, der sich im Kriege sehr ausgezeichnet hat. Die Division wird

mit Artillerie, Pionieren und Tanks voll ausgerüstet sein. Oberst Bauchop von der Radomsker, der eine der Brigaden kommandieren wird, ist heute auf der Reise nach Oberschlesien durch Berlin gekommen.

London, 28. Mai. „Times“ melden aus Oppeln: Die Behauptung, daß die Ordnung in Oberschlesien wiederhergestellt sei, ist eine vollkommen falsche Darstellung der wahren Lage, die ernster ist als je. Selbst wenn Korsantj veranlaßt werden würde, sich zum Rückzug bereit zu erklären, abzurufen und die von ihm übernommenen Machtbefugnisse der Kommission zu übertragen, würden Korsantjs Leute dagegen meutern.

Der neue Wiederaufbauminister.

Berlin, 28. Mai. Wie W. I. B. erzählt, steht die Befehung des Postens des Wiederaufbauministers unmittelbar bevor. Sie darf im Laufe des morgigen Tages erwartet werden. Es handelt sich darum, eine bedeutend. Persönlichkeit aus der Industrie zu gewinnen, die mit hervorragendem Organisationsstalent begabt ist, sich organisatorisch schon während der Kriegszeit herausragend bewährt hat und auch im Auslande Vertrauen genießt. — Des weiteren erfahren wir, daß ein Besuch der Regierungen der übrigen deutschen Staaten durch den Reichskanzler wohl in Aussicht genommen ist, daß aber ein bestimmter Zeitpunkt hierfür noch nicht angegeben werden kann. Es wird betont, daß unter keinen Umständen an irgendeiner Wiederaufbau eines Zwangswirtschaftssystems gedacht wird.

Nach der „Berliner Montagspost“ ist die Ernennung von Dr. Walter Rathenau zum Ministerpräsidenten für Wiederaufbau gestern vom Reichspräsidenten vollzogen worden. Sie werde heute amtlich bekannt gegeben werden.

Der Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Paris, 28. Mai. Unter dem Vorsitz Loucheurs fand heute wieder eine Besprechung zwischen den französischen und den deutschen technischen Sachverständigen über die endgültige Regelung der finanziellen Frage mit Bezug auf die Lieferung von 25 000 Holzhäusern statt.

Die Salzburger Anschlussabstimmung.

Salzburg, 29. Mai. Die Volksbefragung wegen des Anschlusses ist nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten im ganzen Lande ohne jeden Zwischenfall vor sich gegangen. Die offiziellen Stellen hatten sich an dem Abstimmungsapparat in keiner Weise beteiligt. Nach dem um 7 Uhr abends von dem Bürgermeister verkündeten Ergebnis sind in 85 Gemeinden, aus denen bisher Abstimmungsergebnisse vorliegen, 68 210 Stimmen abgegeben worden, davon 67 533 ja und 677 nein. Die Stadt Salzburg verzeichnet 20 135 ja und 265 nein.

Die oberschlesischen Kommunisten für ein ungeteiltes deutsches Oberschlesien.

Berlin, 29. Mai. Die vereinigten Verbände der heimatreuen Oberschlesier veranstalteten heute nachmittag im Lustgarten eine eindrucksvolle Kundgebung, an der weit über 100 000 deutsche Frauen und Männer teilnahmen, und die sich gegen die polnische Willkürherrschaft und die Latenzlosigkeit der Alliierten richtete. Redner aller Parteien, Gewerkschaftsführer aus Breslau, Kattowitz und Oppeln, oberschlesische Kommunisten waren einig in der Beurteilung der blutigen polnischen Greuel und der Haltung der Entente. Besonders bemerkenswert waren die Ausführungen des Vertreters der kommunistischen Partei in Kattowitz, Dr. Weinberg. Er sagte u. a.: „In Oberschlesien herrscht Nord, Vergewaltigung und Totschlag. In uns allen aber lebt die Hoffnung, daß es nicht so bleiben kann, daß einst kommen wird der Tag, an dem wir das Joch der Fremdherrschaft abschütteln. — Und haben wir jetzt keine Waffen, so werden wir deutsche Arbeiter zeigen, daß wir noch Mark genug in den Knochen haben, um uns von der Tyrannei unserer Gegner zu befreien. Wir Oberschlesier sagen ohne Unterschied der Partei: Wir sind Deutsche, wir wollen bei Deutschland bleiben!“ In einer angenommenen Entschliessung wird gefordert, daß an die Spitze der interalliierten Kommission endlich eine Persönlichkeit tritt, die die Bürgschaft für die sichere Durchführung des Friedensvertrages bietet, daß durch die beschleunigte Entsendung ausreichender englischer und italienischer Truppen der gesetzmäßige Zustand in Oberschlesien sofort wiederhergestellt wird, daß die deutsche Regierung nach wie vor mit größtem Nachdruck für das bedrängte oberschlesische Volk und für das Verbleiben des ungeteilten Oberschlesiens bei Deutschland eintritt, und daß die gesamte zivilisierte Welt nicht länger duldet, daß Oberschlesien, das Land der hochentwickeltesten Industrie und Kultur, zur Stätte der Barbarei gemacht wird.

Die gerettete Einheit der Entente.

Das Vertrauensvotum der französischen Kammer für Briand bedeutet somit, daß die Entente bis auf weiteres gerettet ist. Die Opfer, die Frankreich dafür bisher zu bringen hatte, waren eben nicht besonders groß, sondern bestanden nur in einer Rede Briands, die die Extremisten der Rechten enttäuschte. Wichtig ist außerdem, daß Frankreich vorläufig auf die Befehung des Ruhrreviers „verzichtet“, zu der ihm nicht nur jeder Grund, sondern — nach der Sperrung der oberschlesischen Grenze — sogar jeder Vorwand fehlte. Die wirklichen Opfer Frankreichs für die Erhaltung der Entente liegen also noch in der Zukunft, vorausgesetzt, daß man sie überhaupt von ihm fordern wird.

Bisher sieht es allerdings so aus, als ob jene französischen Politiker der Mitte recht behalten sollten, die gleich nach der großen Sturmrede Lloyd Georges erklärten, die Ausregung über ein paar heftige Worte sei ganz überflüssig, sachlich würde ja doch alles weiter nach Frankreichs Wünschen verlaufen.

Lloyd George hatte in jener Rede das Recht Deutschlands proklamiert, in Oberschlesien selber Ordnung zu schaffen; er hat aber damit nur bewiesen, daß das Wort eines englischen Premierministers in Europa jetzt sehr wenig gilt. Deutschland durfte gar nicht daran denken, der Aufforderung Lloyd Georges nachzukommen, da Frankreich erklärte, dies würde den Kriegszustand und damit zum mindesten die Befehung des Ruhrreviers, wenn nicht noch viel mehr, bedeuten. Lloyd George sprach mit den Ausdrücken höchster stiller Entrüstung über die polnischen Insurgenten; aber auch die mußten zunächst den Eindruck haben, daß englischer Wind heutzutage nicht mehr bis nach Kattowitz bläst. Sie blieben vorläufig unangefochten im Besitz ihrer unrechtmäßig erworbenen Machtstellung.

Damit ist freilich die letzte Entscheidung noch nicht gefallen. England hat noch Gelegenheit, zu zeigen, daß die Worte seines ersten Staatsministers nicht leere Ergüsse eines erschütterten Gemüts sind, sondern daß hinter ihnen eine Absicht und ein Wille steht. Dann aber muß England durchsetzen, daß der Oberste Rat in kürzester Frist eine Entscheidung über Oberschlesien fällt, die der Gerechtigkeit entspricht, und daß sodann das dem Deutschen Reich zugesprochene Land diesem sofort zwecks Wiederherstellung der inneren Ordnung übergeben wird.

Lloyd George hat feierlich verkündet, England werde die durch den Zustand vollzogene Tatsache niemals anerkennen, d. h., es werde niemals zugeben, daß das insurgierte Land ohne weiteres Polen zugesprochen werde. Was aber Lloyd George und England nicht wollen, das ist eben Briands und Frankreichs Absicht. Der Oberste Rat soll den Polen als rechtmäßigen Besitz zusprechen, was sie gewalttätig an sich gerissen haben, und womöglich noch ein Stück dazu.

Die Versöhnlichkeit, mit der Briand auf die Rede Lloyd Georges geantwortet hat, wird sicherlich dazu benutzt werden, zu erklären, nunmehr habe Frankreich Zugeständnisse gemacht, und so sei es Englands Sache, gleichfalls Zugeständnisse zu machen. Aber die Zugeständnisse Frankreichs bestehen bis heute nur in Worten, während man als Zugeständnisse Englands Laten verlangt, die ihre Spuren dauernd in die Weltgeschichte eintragen. Bliebe das mit Gewalt polnisch gemachte Oberschlesien bei Polen, so wäre damit Englands Niederlage auf dem europäischen Kontinent besiegelt.

Engländer haben Lloyd George den unenglistischen Staatsmann genannt, der jemals in England registriert habe. Das Unenglistische an der Art Lloyd Georges, der bekanntlich ein Walliser ist, ist die Festigkeit seines rednerischen Temperaments, deren Ausbrüchen stets große Neigung zur Nachgiebigkeit zu folgen pflegt. Man vergleiche mit seiner Art die wohl abgewogenen, in ihrer Vorsicht oft schwer verständlichen Reden eines Aquith oder Greg, in denen nie ein Wort zu viel, aber doch alles gesagt war, woran die Welt sich zu halten hatte, und was, wenn es einmal gesprochen war, auch stand.

Indes hängt das Schicksal Oberschlesiens doch nicht allein von Lloyd George ab. Starke wirtschaftliche Kreise in England sehen nichts als Unheil darin, wenn dieses hervorragende Industrieland der deutschen Teilung entrissen und unter polnische Herrschaft gestellt wird. Sie sehen in dem Bestreben, Oberschlesien polnisch-französisch zu machen, ebenso wie in der geplanten Befehung des Ruhrreviers, einen Versuch der französischen Kapitalistenklasse, sich die Herrschaft über alle Kohenschächte Europas zu sichern, und dieser Versuch stößt ihnen das stärkste Unbehagen ein. Sie werden die Linie, auf der Lloyd George allzu heftig vorstieß, weiter verfolgen.

Briand ist seines Erfolges in Oberschlesien noch nicht ganz sicher. Vielleicht rechnet auch er damit, daß er dort einige Pföde zurückstecken müssen. Aber er konnte die Entente nicht anders retten, als indem er der

Kammer die Erklärung der französischen Ziele in Ober- schlesien durch die Entente in Aussicht stellt. Er hat damit einen Punkt überwunden, der ein Gefahrenpunkt nicht nur für Frankreich, sondern für ganz Europa, besonders auch für Deutschland, war. Denn so wenig entgegen es für Deutschland ist, seine Gegner aus dem Weltkrieg wieder zur Welt gerufen zu sehen, noch weniger unangenehm wäre es für Deutschland gewesen, allein einem Frankreich gegenüber zu stehen, dessen imperialistischer Drangtrieb nicht gegen Verbündete gerichtet war. Durch Katastrophen, diplomatische oder militärische, kann Deutschland nichts gewinnen; nur allmählich kann sich der Ring der Feindschaft lösen, nur Schritt für Schritt der Weg öffnen, der in die Freiheit führt.

Ein Maifeier-Verbot.

Der Berliner Nachrichten-Zentrale wird aus Königsberg geschrieben: Während im ganzen Deutschen Reich in diesem Jahre die Maifeiern ungehindert abgehalten werden können — wie das ja in einer Republik selbstverständlich sein sollte —, hat die Maifeier in Königsberg, der Hauptstadt der Provinz Ostpreußen, ein Vorbild gegeben, dem sich jetzt vielleicht noch ein Beispiel anschließen wird. Das Wehrkreiskommando in Königsberg hat den republikanischen Mut gehabt, die Maifeiern für Königsberg und zugleich für ganz Ostpreußen zu verbieten. Als Vorwand nannte die Furcht vor kommunistischen Ausschüßungen, die in Königsberg je nach Bedürfnis herausgeschoren wird, obwohl die kommunistische Partei hier noch nicht so stark ist, als sonst irgendwo, bismarck. Das Verbot ist schließlich auf Intervention des Polizeipräsidenten Lübbing aufgehoben worden, und die Maifeiern sind abgehalten, ohne daß irgendwo in der Provinz irgendwelche Ereignisse die Aktion des Wehrkreiskommandos gerechtfertigt hätten.

Nun aber kommt das Nachspiel. Die Gewerkschaften, die in Königsberg die Maifeier, insbesondere den Umzug, veranstalten wollten, hatten nicht die Absicht, sich durch den Schicksal des Herrn v. Dossel darin behindern zu lassen. Sie hatten sofort Protesttelegramme an den Reichspräsidenten und den Reichswirtschaftsminister geschickt und darin erklärt, daß auf den Umzug unter keinen Umständen verzichtet werden dürfe. Sie hatten ferner ein Flugblatt gedruckt und an die Arbeiterchaft verteilt lassen, in dem die Arbeiter aufgefordert wurden, sich durch das Verbot des Wehrkreiskommandos nicht beirren zu lassen und sich zu dem Umzug und zu der Maifeier auf alle Fälle einzufinden.

Das Wehrkreiskommando gab sich nun mit der Zurücknahme seines Verbots nicht zufrieden. Es schickte nach neuen Schuppenstedter Vorbeeren. Es hat gegen die Verfassung und Verhörer des erwähnten Flugblattes bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet und eine Strafverfolgung beantragt, weil das Blatt ohne Genehmigung erschienen sei und zum Ungehorsam gegen ein Verbot aufgereizt habe. Man muß, um diesen Streich des Wehrkreiskommandos richtig würdigen zu können, die genauen Daten festhalten: Am Freitag, den 20. April, nachmittags hatte Lübbing beim Reichsminister des Innern die Zurücknahme des Verbots erwirkt; am Freitag abend war die Meldung bereits nach Königsberg gelangt und stand am Sonnabend, den 20. April, in den Morgenausgaben der Zeitungen. Das Flugblatt ist erst Sonnabend früh zur Verteilung gelangt.

Im Laufe der Voruntersuchung, die auf Grund des Straf- antrages des Wehrkreiskommandos (Schwebel, hatte auch der Königsberger Polizeipräsident Gelegenheit, sich zu der Sache zu äußern, und er hat darauf aufmerksam gemacht, daß das Wehrkreiskommando doch vielleicht gut täte, von seinem hohen Rasse herabzusteigen. Wenn General v. Dossel die Verhaftung der Missetäter forderte, die es gemacht haben, zur Übertretung eines von ihm erlassenen Verbots aufzufordern, so werde immerhin die Frage nicht ganz uninteressant sein, auf welchen Wegen denn nun eigentlich das

Wehrkreiskommando überhaupt die Möglichkeit erlangt habe, dies Verbot zu erlassen. Das Verbot bedurfte nämlich der Zustimmung des Wehrkreiskommandos. Gegenüber hat der Vertreter des Wehrkreiskommandos die Notwendigkeit des Verbots damit begründet, daß der Reichswirtschaftsminister ein generelles Verbot für alle Maifeiern erlassen habe. Nur auf diese Angabe hin hat der Wehrkreisminister seine Zustimmung zu dem Verbot auch für Ostpreußen gegeben.

Aber diese Angabe war — ob willentlich oder fahrlässig, spielt dabei keine Rolle — objektiv un wahr. Sie entspricht nicht den Tatsachen; sie war falsch. Der Wehrkreisminister hätte niemals seine Zustimmung zu dem Verbot gegeben, wenn er gewußt hätte, daß es sich um eine Ausnahmesituation für Ostpreußen handelte.

Das Wehrkreiskommando dürfte, wenn der Prozeß wegen des Flugblattes seinen Wünschen entsprechend stattfände, durch eine Beleuchtung dieser Art, wie es die Möglichkeit zu dem Verbot, man möchte beinahe sagen: erschaffen hat, in eine nicht gerade günstige Beleuchtung gerückt werden. Es ist anzunehmen, daß es auf eine Erörterung dieser Art, die sich durch seine Verfolgungswut begeben wollte, Herr v. Dossel nicht verfehlen, diesem Danks entsprechende Ausdrücke zu geben, wobei er es sicherlich dauern wird, daß die Verfassung der Reichswehr nicht gestattet, den Genossen Lübbing zum Referatssekretär a la suite des Wehrkreiskommandos zu ernennen.

Beginn der großen politischen Aussprache im Reichstag am Mittwoch.

Die der „Vorwärts“ mitteilt, hat der Reichstagspräsident auf eine Anfrage des Reichstagspräsidenten geantwortet, daß die Erklärung der Reichsregierung über ihr Programm am zweiten Verhandlungstage des Reichstages, also am 1. Juni, erfolgen werde.

Paul „Bos“, Sg.“ werden Wirtschafts- und Finanzfragen den breitesten Raum in dem Regierungsprogramm einnehmen. Zwecks Erfüllung des Ultimatums werde die Erschließung neuer großer Einnahmequellen notwendig sein. Das Blatt glaubt zu wissen, daß das Kabinett Wirth wenigstens bis zu einem gewissen Grade der Unterstützung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sei ungewiß.

Die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion sei, da nun allgemein die Verpflichtungen aus dem Ultimatum erfüllt werden müssen, für eine wohlwollende Haltung gegenüber dem Kabinett unter der Voraussetzung, eine Reihe von Forderungen erfüllt werden, und zwar: die Besetzung der beiden freien Reichsministerien durch Sozialdemokraten und eine Steuerpolitik, die den Bedürfnissen der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung trägt.

Stuttgart, 27. Mai. (W. I. B.) Die württembergische Staatsregierung hat über die Zeitung „Der Kommunist“ die Vorzensur, auf die Dauer von einem Monat verhängt. Seit dem 7. Mai dieses Jahres war der „Kommunist“ wegen Aufreizung zum Hochverrat und Landesverrat sowie Vergehens gegen die Pressegesetze beschlagnahmt.

Der Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Ueber die Angelegenheit der von Deutschland zu liefern- den 25 000 Holzhäuser für den Wiederaufbau in Nord- und Ostfrankreich bringt der „Intransigent“ folgende Mitteilungen: Ueber die Auswahl der Häuser, d. h. über ihren Plan und Preis, sei bis jetzt weder etwas bestimmt, noch verhandelt worden. Am nächsten Freitag werde in Paris eine

Konferenz zwischen Technikern des französischen Minister der befreiten Gebiete und deutschen Technikern stattfinden, die besonders in diesem Zweck von Berlin herkommen, habe davon gesprochen, Deutschland einen bestimmten Anteil zu übernehmen, dessen vollständigen Wiederaufbau zu übernehmen solle. Im Ministerium der befreiten Gebiete man hierfür das Tal der Klippe zwischen Arras und Amiens ins Auge. Dort sollten die Deutschen an Ort und Stelle die Angelegenheit prüfen und schließlich genaue Preisangaben ausstellen. Dann werde man sich aufsetzen.

Die polnisch-russischen Handelsbeziehungen.

O. A. Die polnische Presse und Öffentlichkeit wird anlässlich der bevorstehenden Verhandlungen über den Abschluß eines Wirtschaftsvertrages den Ausblicken der Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland die größte Aufmerksamkeit. Für die unmittelbare Zukunft werden diese Aussichten zwar gering eingeschätzt. In der Sitzung des polnischen Ostministeriums erklärte der Vertreter des Ministeriums für Handel und Industrie, Sowjetrußland sei gegenwärtig außerstande, Polen größere Mengen von Rohstoffen zu liefern. Diese Erkenntnis habe die polnische Friedensdelegation veranlaßt, von ihrer ursprünglichen Ansicht Abstand zu nehmen, Sowjetrußland im Rigauer Vertrag Lieferungsverpflichtungen für Rohstoffe aufzuerlegen. Für die Zukunft seien jedoch die Aussichten Polens für den Handelsverkehr mit Sowjetrußland, schon wegen des Tiefstandes der polnischen Wärfte, relativ sehr günstig. Eine noch optimistischere Einschätzung der Zukunftsmöglichkeiten bringt ein Artikel der „Rzeczpospolita“, der eine hier sehr verbreitete Auffassung wiedergibt. Von den in Frage kommenden Waren bestimme Polen allein eine unmittelbare, aber tausende Kilometer lange Landgrenze mit Rußland. Die Kaufkraft und Industriefähigkeit in Polen besäßen die nötige Kenntnis der russischen Märkte, der Sprache und der Landesbräuche. In Deutschland gleiche hierin gewissermaßen Polen, aber in anderer Beziehung Polen wesentlich nach. Rußland überwinden, da es einen Eisenbahnpart von 800 Kilometern und 10 000 Güterwagen der breiten russischen Spurweite als Kriegsbeute behalten habe. So würden Polens Vermittlungsdienste für jeden Staat unentbehrlich werden, der mit Rußland Handel treiben wolle. „Damit“, schreibt das Blatt bezeichnenderweise, „wird auch Lloyd George rechnen müssen.“ Ganz besonders werde Polens Handelsstellung in Rußland für die nächste Zukunft angesichts des akuten Salz- mangels dadurch gestärkt, daß Polen über ausgiebige Salz- lager verfüge. Nach polnischen Blättermeldungen habe sich bereits jetzt an der polnisch-russischen Grenze ein reger Schmutzhandel entwickelt, der freilich Zeugnis für die völlige Desorganisation der russischen Wirtschaft ablege. So erscheine z. B. Zucker im Süden als russisches Ausfuhr- produkt, um im Norden gegen hohe Preise aus Polen eingeführt zu werden.

Die Aufhebung der rechtsrheinischen Befahrung.

Paris, 27. Mai. „Excelsior“ berichtet, daß sich der Oberste Rat, dessen Tagungstermin noch nicht feststeht, nicht nur mit der oberelsässischen Frage befassen werde, sondern auch mit der Räumung der Kohlenhöfen auf dem rechten Rheinufer, sowie mit der politischen und finanziellen Lage, die durch die Annahme des Ultimatums in Deutschland geschaffen worden sei.

„Excelsior“ meldet ferner, daß die Ankunft einer italienischen Note in Paris und London bevorstehe, die sich um eine Verständigung zwischen Deutschland und Polen bemühe und einen Vorschlag für die neue Grenze enthalte.

Die „Freiheit“ Polens. Die polnische Staatspolizei hat in ganz Polen die Verbreitung der Pariser „Humanität“ und des Londoner „Daily Herald“ verboten. Die erwähnten Zeitungen dürfen nicht einmal von Zeitungsbekanntem bezogen werden.

Alfred H. Fried †.

Von Wilhelm Solge.

Am 5. Mai ist in einem Wiener Sanatorium ganz un erwartet der 1910 mit dem Nobelpreis ausgezeichnete Pazifist- führer Dr. Alfred H. Fried gestorben. Es ist für unsere Zeit überaus bezeichnend, daß die Nachricht vom Tode dieses Mannes von der Presse fast ohne Kommentar weitergegeben worden ist. Knapp daß die ganze Menschheit — gerade in unserer Zeit der Friedenshysterie und „Sondierungen“ — diese Trauerbotschaft mit heiserer Empfindlichkeit vernommen hätte, ist es nur ein verhältnismäßig kleiner Kreis von aufrichtigen internationalen Friedens- freunden, die die Bedeutung dieses tragischen Todesfalls zu er- messen vermögen. Der freilich den Verdorbenen und sein Wirken gekannt, und wer seine Persönlichkeit noch vom Braunschweiger Pazifistenkongress im vorigen Herbst hier frisch im Gedächtnis hat, wird das allzu frühe Hinscheiden dieses ehrwürdigen Pazifisten für eine powerbasse Weltveränderung umso tiefer beklagen.

Charakteristisch für die geistige Verfassung, in der sich auch heute noch die große Masse des deutschen Bürgertums befindet, ist die Art, in der ein nationalistisch angehauchtes Blatt der provinziellen Generalanzeiger-Presse seinen Lesern diese Todesnachricht mitteilte. Dort wurde Fried als „ein mächtiger Gegner Deutschlands, der während des Krieges der Sache der Mittelmächte den schwersten Schaden zugefügt hat“, bezeichnet. Mit der „Sache der Mittelmächte“ ist hier natürlich die Sache der Türkei und Bulgarien gemeint. In ähnlicher Weise sind Frieds Ideen Bekämpfer in auch während des Krieges verdächtigt worden, und er wurde als ein- seitiger Parteigänger der Regierungen in Paris und London be- zeichnet. Die Echtheit der Gegner Frieds sei hier nur an einem Beispiel dargestellt. Als der Sohn des Dichters Peter Kolzinger in seinem „Heimgarten“ im Dezember 1914 Fried den Vorwurf der Selbstverleumdung, der Schlichtheit und des Volkst- umwelts entgegenschleudert und bathetisch angedeutet hatte: „Wir alle sind Friedensfreunde“, entgegnete ihm der Angeklagte: „Friedensfreunde“, das ist nicht viel, das ist nicht mehr als „Kriegsgegner“, „Kriegsentsammler“, „Kriegsfeind“, „Kriegs- oder „Träger von falschen Gedanken“, nicht um ein Wort mehr mein lieber Vater aus der grünen Eisernezeit! „Wollt ihr der Menschheit etwas nützen, dann seid Kriegshasser, Kriegsbilder, seid Friedenshasser, Ketter aus der Verkünderung. Wähet der

Menschenwürde, seid Friedenskämpfer, Friedensbauer, Blüthen für die Befreiung aus Wahnsinn. — seid Christen!“

Dreißig Jahre lang hat Alfred H. Fried seinem Lebenswerk, der Verwirklichung der Friedensidee und der Förderung der Völkerverständigung, gewidmet. Er war Mitbegründer der „Deutschen Friedensgesellschaft“ und gab seit 1898 seine — bei Kriegsausbruch natürlich verboten — Zeitschrift „Die Friedenswarte“ heraus. Dabei ließ er es nicht bei einem reinen Idealismus der Selbsterhaltung bewenden, sondern suchte — neben seiner fruchtbarsten schrift- stellerischen Tätigkeit im Dienste der Friedensidee — überall unermüdet internationalen Freundschaften anzuknüpfen, und nahm während des Krieges in der Schweiz regen Anteil an der Fürsorge- tätigkeit zur Verbesserung der Lage der Kriegsgefangenen. Wenn er auch am Anhang seines Lebens weiter als jemals von der Er- reichung seiner hohen Ziele entfernt gewesen ist, so hat er doch fruchtbringende Kräfte gelegt, die in späteren Jahrzehnten noch ein- mal üppige Blüten treiben werden. Die künftige Gesellschaft der Völker, die in einer wirklichen Völkerverständigung gipfelt, wird viele Anregungen — über ein Weltfriedensgericht und über das Verhältnis von Volk und Staat zueinander — hervorbringen, die durch Fried in die öffentliche Diskussion geworfen sind, und erst eine spätere Generation wird die historische Bedeutung von Frieds Wirksamkeit in vollem Umfang zu würdigen wissen.

Die Summe von Frieds Lebenswerk ist in seinen „Kriegsge- dächtnis“ enthalten, die als wahrhaft „Europäische Bücher“ im Pazifisten-Verlag in Zürich erschienen sind. Wir finden in ihnen einen jahrelangen Problemlösungsversuch, die in unserer Zeit eine hervorragende Aktualität gewonnen haben. Die Sozialisten besonders werden mit ihrer Bewegung das nachfolgende Gedächtnis lesen, das Fried seinem geliebten Genossen Dr. Ludwig Frank gewidmet hat:

Reichstagsabgeordneter Dr. Ludwig Frank, der Führer der deutschen Sozialdemokratie, der sich — obwohl schon vierzig Jahre alt — bei Ausbruch des Krieges freiwillig zur Armee gemeldet hatte, ist am ersten Tage, den er in der Front zubrachte — bei Lunzville durch einen Kopfschuß gefallen.

Seltene Tragik! Frank war der Urheber der deutsch-franzö- sischen Parlamentarier-Zusammenkünfte, die im Mai 1913 in Bern und im Mai 1914 in Basel stattfanden. Um seine Urberedbarkeit dokumentarisch festzusetzen, schrieb er mir 1915 einen Brief, in dem er die Geschichte dieser Parlamentarier-Zusammenkünfte darlegte. Danach gab er die Anregung dazu in einer am 13. März 1915 statt-

gehabten sozialdemokratischen Versammlung. Der Bericht der „Volkstimme“ darüber, den mir H. eingekauft hatte, ist abgedruckt in der „Friedenswarte“ 1918, Seite 281. In der Juni-Nummer der „Friedenswarte“ 1914 berichtete Frank mir über die zweite deutsch-französische Parlamentarier-Versammlung, die am 30. Mai d. J. in Basel stattfand. Er dachte wohl an jenem Tage kaum daran, daß er nicht ganz zwei Monate später gegen Frankreich im Felde stehen, daß drei Monate später eine französische Kugel seinem Leben ein Ende machen werde. Welch scharfsichtige Ironie des Schicksals!

Noch eine andere Bedeutung hat dieser Tod des Sozialisten- führers. Er ist die blutige Besiegelung des künftigen Verhältnisses der Sozialdemokratie zum Staat. Vorbei mit dem Diktator des Umsturzes, vorbei der Mann der Vaterlandsliebe! Die Sozialdemokratie, die das Blut ihrer Führer und Hänger zum Opfer brachte, ist laaßerhaltend wie jede andere Partei des Reiches.

Neben der Anerkennung der Haltung der Sozialdemokratie in- teressiert uns am allermeisten die Entwicklungsstufe, die eine deutsch-französische Annäherung vor dem Kriege erreicht hat. Ihr haben besonders auch die Bemühungen unseres Genossen Jaures stets in hervorragendem Maße gegolten. Fried führt aus seinen Erfahrungen noch eine ganze Reihe von Beispielen an, die uns die damalige Möglichkeit einer deutsch-französischen Annäherung ein- drucksvoll vor Augen führen: Er weist auf den Anfall der Februarwahlen von 1914 zur französischen Kammer hin und teilt Gespräche mit angesehenen Franzosen mit, die er während des Krieges geführt hat. Man wird nicht ohne eine leise Nöhung seine Erzählung, die er einer Pariser Dame verdankt, lesen, wie ein einfacher französischer Soldat seine Frau in einem Feldpost- brief verboten habe, die Deutschen als „böcher“ zu bezeichnen, und Jaurès und Scherer ergreifen und bei der Schilderung des Barons d'Edouard de Constant in einer französischen Zeitschrift, der be- zeugt, mit seinem Lebensstraum eines gemeinsamen Fortschritts Deutschlands und Frankreichs geliebt zu sein. Wenn die feiner- zeit ungewissheit vorhandene Friedenssehnsucht in wolkigen Kreisen des französischen Volkes heute hinter einer leidenschaftlichen Groß- und Radikalität zurückgefallen ist, so trägt daran das Schwere- gerüst der kaiserlich-deutschen Diplomatie und das kriegerische Kraftmeiereium der deutschen nationalistischen Presse die haupt- sächlichste, vielleicht sogar ausschließliche Schuld.

Danziger Nachrichten.

Betriebs- oder Ortskrankenkasse?

Diese Frage ist seit Wochen in der hiesigen Waggonfabrik ein unersättliches Kampfsujet. Die Arbeiterschaft dieses Betriebes hat sich darüber in zwei fast gleich starke Gruppen und es geht nach dem Verlauf der Versammlungen zu urteilen, auch in der Waggonfabrik wegen dieser Frage eine Art oberflächliche Spaltung herbeizuführen, mit dem Unterschied, daß dieser Kampf nicht um eine nationalpolitische Frage, sondern um eine sozialpolitische geführt wird. Die Ursache dieses Streites liegt bereits einige Monate zurück. Als die Allgemeine Ortskrankenkasse im Herbst vorigen Jahres eine Beitragsverhöhung vorsehen mußte, kamen einige Betriebskrankenkassen, die in der Hauptkategorie in den Hirsch-Dunderschen Gewerbevereinen und christl. Gewerkschaften zu suchen sind, auf den Gedanken, sich um die höheren Beitragszahlungen drücken zu können, indem sie der Errichtung einer eigenen Betriebskrankenkasse das Wort redeten. Die Waggonfabrik ist seit ihrem Bestehen (über Jahre des vorigen Jahrhunderts) dem Allgemeinen Ortskrankenkasse angeschlossen und selbst der Direktor dieser Fabrik war früher ein eifriger Förderer der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Um zu ihrem Ziele zu kommen, beriefen die Vertreter der Betriebskrankenkassen-Gesellschaft ohne jede Verständigung mit den Gewerkschaften im Oktober vorigen Jahres, eine Betriebsversammlung innerhalb des Betriebes zusammen, an der von mehreren hundert Beschäftigten nach Angabe von der einen Seite 80 und nach Angabe von der andern Seite 160 Arbeiter teilgenommen haben sollen. Unter Führung eines Mitgliedes der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften ließ man diese Versammlung beschließen, die Direktion zu ersuchen, eine Betriebskrankenkasse zu errichten, um einmal geringere Beiträge zu zahlen und zweitens, um angeblich höhere Leistungen für die kranken Mitglieder zu bekommen. Die Direktion hat nun dem Verlangen eines Teiles der Arbeiter stattgegeben und entsprechende Anträge an das Versicherungsamt gerichtet. Als die 740 Arbeiter und Angestellten betragende Belegschaft von der Verwirklichung dieses Planes näheres erfuhr, verlangte sie von den Gewerkschaften, daß sie sich diesen Gründungsbestrebungen etwas annehme, und erst habe erfahren die Gewerkschaften, um was es sich hierbei eigentlich handelt. Zwei von den Gewerkschaften einberufene Betriebsversammlungen beschäftigten sich erneut mit der Frage, Betriebs- oder Ortskrankenkasse? In der einen sprach der Arbeitsekretär P. S. in der anderen der Gewerkschaftssekretär S. P. In der öffentlichen Betriebsversammlung am 9. Mai, die von 370 Arbeitern besucht war, wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen, nachdem die Drahtzieher der Krankenkassenerrichtung vorher die Versammlung verlassen hatten:

„Die am 9. Mai 1921 im Lokale von Schmidts, Schinhausgasse, versammelte Arbeiterschaft der Waggonfabrik, die sich mit der Frage der Errichtung einer Betriebskrankenkasse für die Waggonfabrik eingehend beschäftigt, beschließt einstimmig, eine Betriebskrankenkasse für die Waggonfabrik abzulehnen. Die Arbeiterschaft ist gewillt, nach wie vor bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Danzig gegen Krankheit versichert zu sein, und lehnt jede Dezentralisation der Krankenversicherung ab. Die Arbeiterschaft erklärt auch, daß sie mit den von einzelnen Personen ausgehenden Bestrebungen auf Errichtung einer Betriebskrankenkasse nichts gemein hat und verurteilt solche die Allgemeinheit schädigende Bestrebungen.“

„Ferner richtet die Arbeiterschaft der Waggonfabrik an alle Arbeitskollegen in der Freien Stadt Danzig, die noch eine Betriebskrankenkasse haben, den Appell, diese zugunsten einer großen und ausgebauten Ortskrankenkasse aufzugeben, damit so dem gegenwärtigen großen Elend unserer kranken Arbeitskollegen und Schweltern sowie der Familienangehörigen durch diese Selbsthilfe erfolgreich entgegengetrieben werden kann.“

„Die Entschließung wird durch den Betriebsrat der Direktion übermittelt mit der Maßgabe, sie an die Aufsichtsbehörde zu leiten.“

„Die Versammlung beschloß ferner, um eine unbeeinträchtigte Ansicht der Belegschaft über diese Frage zu erhalten, eine Untersuchung vorzunehmen und zu diesem Zweck die vorstehende Entschließung mit einem Vor- und Nachwort versehen, an die

Belegschaft zu richten. Dieser Ansichtung an die Belegschaft schloßen sich auch die Hirsch-Dunderschen und christlichen Gewerkschaften an. Die christlichen Gewerkschaften gegen jedoch ihre Zustimmung wieder zurück, während die Hirsch-Dunderschen es nicht getan haben. Trotzdem gab der Vertreter des H.-D.-Gewerbevereins der Direktion gegenüber folgende Erklärung ab, die diese vor der Urabstimmung am 18. d. Mts. der Belegschaft am schärfsten vorangetragen ist, um so, wie zu vermuten ist, die Arbeiterschaft in ihrer Willkür zu beeinflussen:

„Hiermit erkläre ich, daß ich zu der Bestrebungsrichtung der freien Gewerkschaften, die für eine allgemeine Ortskrankenkasse eintritt, welche alle Betriebe, die eigene Betriebskrankenkassen haben, einschließen soll, nur auf Grund folgender Informationen meinen Namen unterzeichnet habe. Nachdem ich reichlich Zeit von unsern Mitgliedern unterrichtet wurde, gelang es den freien Gewerkschaften, mich zu überreden. In einer Mitgliederversammlung vom 11. April 1921 hat der Gewerbeverein der Deutschen

richtigen, das über den Antrag sich gutachtlich äußert und ihn dem Oberversicherungsamt zur Entscheidung vorzulegen hat, nachdem auch der beteiligten Ortskrankenkasse Gutachten zur Verfügung gegeben ist. Nach § 258 der Reichsversicherungsordnung kann eine Betriebskrankenkasse nur mit Genehmigung des Oberversicherungsamtes errichtet werden.“

Nach den gesetzlichen Bestimmungen sind wir deshalb zunächst nicht in der Lage, in dieser Angelegenheit einzuschreiten. Uns steht gemäß § 254 der Reichsversicherungsordnung erst dann eine Entscheidung zu, sofern gegen die Entscheidung des Oberversicherungsamtes die Beschwerde eingelegt wird.“

Wir bitten deshalb, die dortigen Behörden, die gegen die Errichtung einer eigenen Betriebskrankenkasse bei der Danziger Waggonfabrik vorgebracht werden, dem Versicherungsamt Danzig bzw. Oberversicherungsamt Danzig zugänglich zu machen, sobald ein entsprechender Antrag bei diesem Stellen eingegangen ist.“

gez.: Unterschrift.

Aus dieser Antwort ist zunächst zu ersehen, daß ein Antrag der Waggonfabrik auf Errichtung einer Betriebskrankenkasse bisher noch nicht gestellt worden ist, oder aber dem Senat. Abstellung „Sozial“ „Herron“ „nichts bekannt ist.“

Der Arbeiterschaft der Waggonfabrik muß warnend zugurufen werden: „Unterlaßt derartige Gründungen, damit schädigt ihr Euch und eure Mitarbeiter auf das Schwerste. Bedenkt, daß ihr bereit seid nie und nimmer eine Macht seid. Die Krankenversicherung auszubauen zum Wohle der Leidenden, heißt enger Zusammenhalt aller Zwerggassen zu einer einzigen großen und leistungsfähigen in der Freien Stadt Danzig.“

Post-Abonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung der „Danziger Volksstimme“ im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, bitten wir unsere Post-Abonnenten, das Abonnement für Juni bei dem zuständigen Postamt sofort zu bestellen.

Verlag der „Danziger Volksstimme“.

Metallarbeiter den einstimmigen Beschluß gefaßt, die bestehenden Betriebskrankenkassen noch weiter auszubauen, statt der Ortskrankenkasse anzuschließen; da kann mir doch niemand zumuten, daß ich das Gegenteil mit meinem Namen unterzeichne. Meine Information ging dahin, mir zur Urabstimmung meinen Namen zu geben, jedoch nicht zu einer Entschließung, worüber nicht die Belegschaft abgestimmt hat.

Aus diesem Grunde ziehe ich durch diese Erklärung meinen Namen zurück.

Für den Gewerbeverein,
gez. Wahl.

Die Abstimmung ergab folgendes Resultat. Es stimmten von 598 Abstimmenden 294 gegen die Betriebskrankenkasse und 289 für die Betriebskrankenkasse, ungültig waren 15 Stimmen. Statt zur Willensäußerung der Arbeiterschaft zu achten und die Betriebskrankenkasse nicht zu errichten, ersuchten die vom Gründungsleiter Bestallenen, die Krankenkasse unter allen Umständen ins Leben zu rufen und sollen schon dabei sein, die Pflöcke im Ausschuss und Vorstand möglichst unter sich zu verteilen in der Erwartung, daß diejenigen, die gegen die Betriebskrankenkasse sind, sich an dieser Sache nicht weiter interessieren werden. Doch werden sie damit nicht auf ihre Rechnung kommen. Auch die Gegner einer Betriebskrankenkasse, die in dieser Neugründung eine weitere Schwächung der Interessen der Allgemeinen Ortskrankenkasse und damit eine Schädigung der Interessen der Arbeiterschaft erblicken, werden, auch wenn die Kasse gegen den Willen der Mehrheit der Arbeiterschaft errichtet werden sollte, ihren Mann bei den Wahlen stellen.

Die Gewerkschaften haben nach der Abstimmung an den Senat Beschwerde über die beabsichtigte Errichtung einer weiteren Betriebskrankenkasse eingereicht, worauf folgende Antwort eingegangen ist:

„Nach § 258 der Reichsversicherungsordnung ist der Antrag auf Errichtung einer Betriebskrankenkasse an das Versicherungsamt zu

Interfragen und die Preisfestsetzung für Honig beschäftigten Donnerstag den Vorstand des Imkerverbandes der Freien Stadt Danzig. Es wurde beschlossen, daß ein Imkerlehrkurs vom 4.—12. Juli d. J. bei Herrn Etzkel, Chrs. Neim Welt 19 abgehalten werden soll. Teilnehmer haben sich durch den Vorsitzenden des Ortsvereins vorführen zu melden. Es wurden Eingaben an die Handelskammer, den Senat und den Verband der Westpreussischen Landwirtschaft zwecks Schutz bzw. Unterstützung der heimischen Bienezucht besprochen und entworfen. Herr Gehre-Quadenborn wurde als Delegierter des Verbandes bei der Hauptversammlung Deutscher Imker-Vereine in Schwerin bestimmt. Der Honigpreis wurde in Betracht des hohen Preises für Geräte und Futterzucker auf 10 Mk. für ein Pfund festgesetzt. Damit bleibt er erheblich hinter dem Preise des Vorjahres zurück. Da die Preise für Geräte und Futterzucker aber beträchtlich gestiegen sind, wird ein starker Rückgang unserer Bienezucht befürchtet. Schon jetzt schrumpfen viele Imker ihre Stöcke bedeutend ein, weil die Bienezucht nicht mehr rentabel ist. Für abgesetzende Bienezüchter oder finden sich schwer Käufer. Darum mußte der Preis für Schwärme auf 15 Mk. je Pfund festgesetzt werden. Die Beschaffung der noch immer stark um sich greifenden Faulbrut soll energisch weiterbetrieben werden. Wo auf Ständen solche vermutet wird, ist an Herrn Gehre-Quadenborn/Dr. Neumann oder Pauls-Kalshof sofort Anzeige zu erstatten. Diese unterstützen den betreffenden Stand und ordnen Abhilfe an. Kosten erwachsen dem Ortsverein oder dem einzelnen Imker nicht. Sollten Imker den Vertrauensmännern den Zutritt zu ihren Ständen verweigern, so soll Polizeihilfe in Anspruch genommen werden.

Aus den Gerichtsfällen.

Fleischpreisbeschränkungen im Schlachtviehhandel. Der Viehhändler Karl Prang in Steegen überschritt fortgesetzt die Höchstpreise für Schlachtvieh. Er zahlte den Viehbesitzern erheblich über den Höchstpreis und gab die Tiere mit 5 Proz. Aufschlag an die Großschlächter ab. Das Schlachtgericht verurteilte Prang wegen Höchstpreisüberschreitung und Treibhandels zu 10 000 Mk. Geldstrafe.

Das nicht vorhandene Urteil. Vor einiger Zeit sah infolge eines Verzehrs ein Schöffe im Schlachtgericht, der wegen Triumpfs entmündigt war. Der Mann durfte bereits vom Magistrat nicht in die Urliste aufgenommen werden. In dieser Sitzung wurde der Fleischhauer Ostermann in Danzig wegen Höchstpreisüberschreitung zu 500 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der Ver-

Der Sternsteinhof.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Angenruber.

(Fortsetzung.)

„Wutter,“ rief er lustig, „da schau, wie sich das Mehlfaß schleppen läßt! Wie sie müde wird, weint sie und dabei will sie überall sein!“

Die Bäuerin wußte abwehrend mit der Hand und sagte ernst: „Sei still.“ Sie nahm die Kleine vom Rücken des Knaben herab und stellte sie an dessen Seite. „Is brav, wann du bist schon jung um die Weibsknecht anzuheben. Dar um dein Schwesler wirft es wohl müssen, immer Ruhe.“ Sie fagte die Hände der Kinder ineinander und schritt mit den Kleinen gegen das Ausgebirgshäufel des alten Sternsteinhofes.

Dieser sah auf der Bank davon und neben ihm der Käsemarkt; als letzterer der Bäuerin ansichtig wurde, sagte er: „Gut mal, geht dort mit der Drache? Wie kommt denn aus mit ihm?“

„A Drache is sie wohl,“ murzte der alte Bauer, „aber was einen Schach kühlt; ließ mer so einem sein Fleck ausfuchen und darauf in Ruhe, ich hätte mer's beste Auskommen; doch wer sieht denn so ein Mutter gern auf dem Seinen? Uebrigens, was wahr is, is wahr, brecht genug sieht sie auf dem Gangen, vor Schaden, eih sie sich zu mahnen, muß sich nur noch weisen, ob sie sich auch auf den Rücken verlichten lernt, dann is sie da der Bauer; mein Bub laugt amal mit dafür. Und was recht is, du hast keinen Grund, ihr auffällig zu sein, dein Tochterfund haltet sie wie ihr eigenes. Ich aber — der sie von allem Anfang da wegwehren wollte und best sie hüt zum Kreuz da sitzt — ich will nie mit ihr.“

„Ich aber auch nicht, schon dir zu Siebe mit. Und wo will sie gar daher, da gehe ich, Behüt Gott!“ Käsemarkt erhob sich und ging, doch nicht ohne der Bäuerin mit wüßlichem Lächeln gute Tagzeit zu bieten und etwas von „immer lädner werden“ verlauten zu lassen.

Gelene nickte ihm einen kurzen Gruß zu und schritt darüber und der alte Sternsteinhof nahm die Preise aus dem Mund und lauchte hinter dem „Kerl“ aus, „der gute Worte ins Gesicht, und able hinteren Rücken göde.“

Als die Bäuerin ganz nahe heranzukam, blinnte der Alte an ihr hinauf und da er ihr bleiches Gesicht und ihre geröteten Augen wahrnahm, fragte er: „Was hast?“

„Nachricht vom Tot.“

„Was schreibst er?“

„Nubere tun es.“

Der Bauer starrte sie an. „Doch nit —?“

Sie schüttelte den Kopf.

„Wessert?“

„Kein.“

„Auch nit? Was denn nachher?“

Sie reichte ihm das Schreiben hin.

„Jögernd fakte er darnach und las es stille für sich.“

— Der Notar, als langjähriger Geschäftsfreund und aufrichtiger Anteilnehmer an den Geschäften seiner verstorbenen Klienten, Fedauerer unendlich, sich zu einer schweren, traurigen Pflicht gedrängt zu fühlen. In dem er voraussagen mußte, daß direkte Mittelungen vom Erbschaftsamt bei den in solchen unruhigen Zeitaltern häufigen Störungen des Postverkehrs oftmals durch die amtlichen Verlautbarungen überholt würden und daß diese wieder den wertvollen Angehörigen nicht sofort zugänglich wären, so erlaube er sich mit dem Erbstatute mahnten Bellschick, aber auch mit dem beherzigten Erben Hinweis auf die Forderung, daß eine gültige Fügung des Gläubigers doch durchzuführen noch das Vergleiche abgewendet haben könne, ein Zeitungsbillet mit der amtlichen Verlautbarung aus den letzten Gesetzen zur Einsichtnahme anzuweisen.

Das Papier knitterte unter dem Finger, der von Zeile zu Zeile, von Namen zu Namen riefte, plötzlich hielt er, zusammenzuckend inne.

„Verant!“ Der alte Mann sah langsam auf, doch hastig gab er Raum an seiner Seite, Gelene laut neben ihm auf die Bank.

„No, geschickte sein. Hat weiß halt hüt mit, wo der Toti steht, doch der Notarius hat recht, mer brauch nit gleich das Kerste zu glauben, er kan; sich allmal wieder finden.“ Ich bin überzeugt, er findet sich wieder. Unfraut verdirbt nit.“

Er machte den Versuch, ein verächtliches Gesicht zu ziehen und Gelene versuchte zu lächeln, aber das war nur ein trübseliges Zucken

uns Augen- und Mundwinkel, sie schütteln gegenseitig sich wie über eine Woge ertappt und blühten wieder ernst.

Mit Ebnen kämpfend, begann die Bäuerin: „Wir wollen das Beste hoffen, aber wir müssen uns doch auf das Schlimmste einrichten. Ich möchte dich wohl bitten, daß du hauptzuehst zu mir, damit ich nit so verlassen in dem wüsten Gemüde harfe, auch daß du mir in der Wirtschaft an die Hand ginstest, aber wann du nit mit mir unter ein Dach willst und mir kein Rat gibst, so magst es ja lassen, ich traucht nich dann schon einzugehen und alles allein zu richten, wie gut ich es vermag.“ Aber die Gnade hab's — sie drückte die gefalteten Hände gegen seine Brust, — „um den Bubem nitum dich an, du bist sein Ehrl, er is dein Fleisch und Blut, du sollst nit und von dir kann er was lernen und ohne Mann-Unteuerung wird aus dem Bubem nit! Anfangs wird das kein Menschel da häufig mitrennen, denke nit, ich wäre so albern, dich zu einem Rindshüter machen zu wollen, in den Jahren halten Rinder halt gern zusammen, aber wie unser Standt größer wird, nehme ich es schon zu mir und es soll meine Sorge sein, sie rechtschaffen zu leiten und zu lehren, wie mir zukommt, aber den Bubem weise und lehre du, laß ihn es nit entgelten, was du etwa noch von früher her gegen mich halt.“ Sie erhob sich, schmerzte die Hand auf seine Schulter aufstehend, und schob ihm den Knaben zwischen die Arme. „Schau, wenn halt hüt nit wäre, was sich geschick hat und geworden is, nit mir ich Hände verlassen auf den Welt, auch du wärest um vereinsamt auf deinem weiten, reichen Anwesen.“

Der Alte runzelte die Brauen, sah finster vor sich hin, dann nickte er parmal mit dem Kopfe und legte die breite Hand auf den Scheitel des Notnen Bruders.

Ueber eine Welle hob er sich fachte vom Sige, ohne die Rechte wegzuziehen, mit dem Rücken der Arme aber strich er sich dicht unter dem Hutrande über die Stirne und leuchtete. „Geth ist es, Bäuerin, heil — hätte es nit denk, um die Zeit noch.“ „Wöyllich warf er die Hand von sich und stöhnte laut auf: „Ach, es is arg.“

„Gar arg,“ weinte sie leise.

(Fortsetzung folgt.)

urteilte habe die Urteilsverfälschung nicht richtig verstanden und aus diesem Grunde verurteilt, sachgemäß Berufung einzulegen. Der Verteidiger erwiderte, dass ein entzündeter Schiffe mitgewirkt hätte und wollte nun aus diesem Grunde das Urteil als ungültig anfechten. Doch die Frist war verstrichen. Er beantragte nun Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und das Obergericht entschied, dass die unvorhandene Verlesung des Urteils so anzufragen werden müsse, als sei es in Abwesenheit des Angeklagten verurteilt. Die Frist läuft dazu also vom Tage der Auslieferung des Urteils ab. Nun kam die Sache vor der Berufungsinstanz zur Verhandlung. Die Kammer entschied nun dahin, dass das Urteil des Schöffengerichts als ungültig anzusehen sei. Die Sache wurde an das Schöffengericht zur nochmaligen Verhandlung zurück verwiesen.

Gewerkschaftliche Maßnahmen. Der Geschäftler Kurt de Beer in Rostock hat sich nach König Müch, die verurteilt war. Durch Schallprobe und Wogenprobe des Nahrungsmitteluntersuchungsbüros wurde festgestellt, dass der Rohstoff 20 Proz. Wasser zugelegt war. Das Schöffengericht verurteilte den Geschäftler wegen Nahrungsmittelverfälschung zu 1800 Mk. Geldstrafe. Da von einer Gefängnisstrafe abgesehen wurde, konnte das Gericht nicht nur die Geldstrafe von 1800 Mk. herabsetzen. Gegen solche Betrüger müßte viel härter vorgegangen werden.

Der mörderische Diebstahl. Der Händler Friedrich Kemp in Wittmund kaufte um Mitternacht von einem 16-jährigen Jungen eine Kuh für 3000 Mk. und stellte die Forderung für den nächsten Tag in Aussicht. Die Kuh war aber von einem schädlichen politischen Verbreiter einem Hofbesitzer in Ariesohl gestohlen. Das Schöffengericht nahm an, daß Kemp wissen mußte, daß die Kuh nicht rechtmäßig in den Besitz des Jungen gekommen sein konnte und verurteilte den Händler wegen Diebstahls zu 1 Monat Gefängnis.

Ritte Strafe für Diebstahl. Die Frau Hofbesitzer Jakobha Schult in Wägenhohl lieferte an die Polizei ein Polnisch, die entnommen war. Die Abnahme wurde zurückgeholt und dann mit der Bergeweisung vernichtet. Die Strafe betrug einen Betrag von 25 Proz. und die Frau wurde nur einen solchen von 25 Proz. 15 Proz. des genannten Betrags waren der Frau entlassen. Das Schöffengericht erkannte auf 1000 Mk. (2) Geldstrafe.

Großer Werder. Rostenlose Abgabe von Holzland. Das Kreiswohlfahrtsamt macht bekannt, daß der Kaufmann Adolf Aren aus Tiegenhof anlässlich seiner Silberhochzeit und seines 20-jährigen Geschäftsjubiläums dem Kreiswohlfahrtsamt 200 Paar Holzland in allen Größen kostenlos zur Verfügung gestellt hat. Die Kreiswohlfahrtsämter nehmen Wünsche aus den ärmlichen Teilen der Bevölkerung hierüber entgegen. — Der Kreiswohlfahrtsamt der Gehrig Wapp in Tiedenhof, Hirschfeld Str. 112, unterbreitet sämtliche Gewinnen an der Straße Schöneberg, Lohmann, Marienau, Niddau, Dr. Wandorf, Burschardt und nördlich dieser Straße. — Die Kreiswohlfahrtsämter Hildberg Brandt wohnt vom 1. Juni ab in Reich, Wägenhohl, bei Frau Jacobi. Der Tätigkeitsbereich dieser Ämter umfaßt sämtliche Gewinne westlich der Straße Schöneberg, Lohmann, Marienau, Niddau, Dr. Wandorf, Burschardt liegen.

Bewerkschaftliches.

Gegen die Moskauer Zerplitterungsaktion.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes nahm auf seiner letzten Sitzung in Amsterdam die nachfolgende Resolution einstimmig an:

Der am 18., 19. und 20. Mai 1921 in Amsterdam versammelte Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes billigt vollkommen die Haltung des Bureau gegenüber der auf die Zerplitterung der Arbeiterkräfte abzielenden Aktion seitens der Führer der 2. Internationale.

Der Vorstand hat weiter seinen Meinung Ausdruck, daß das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes den nahezu einstimmig gefassten Beschlüssen des Londoner Kongresses gemäß gehandelt hat.

In der Erwägung, daß die beherrschende Aktion der 2. Internationale die Reaktionsgefahr andauernd vermehrt, erklärt der Vorstand, indem er diese Resolutionen publiziert und die von der Moskauer Internationale beabsichtigte Zerplitterungsaktion feststellt:

daß das Prinzip der Einheit eine unerlässliche Voraussetzung der Arbeiteraktion ist und den gewerkschaftlichen Organisationen nicht das Recht zugehört werden kann, zwei Internationale zugleich anzugehören. Jede Organisation, die demnach ihren Beitritt zur politisch-gewerkschaftlichen Moskauer Internationale erklärt, stellt sich damit selbst außerhalb des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Alle dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen und die Internationalen Berufssekretariate im besonderen werden beauftragt, diese für die Erziehung und Aktion der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse unerlässlichen Prinzipien zur Durchführung zu bringen.

Wiedergeburt der holländischen Gewerkschaftsbewegung.

Donnerstag fand hier eine gut besuchte Sitzung des Gewerkschaftsrates statt. Aus dem Bericht des kommissarischen Vorstandes war zu ersehen, daß von den 38.000 Mitgliedern der freien Gewerkschaften bereits wieder 29.500 dem Ratte angehören. Der Ratte befindet sich noch in den Händen der kommunistischen Gewerkschaften. Die Hauptmatadore der Kommunisten verließen, an der Sitzung teilzunehmen, was die Delegierten ablehnten. Zur Wahl des Rattevorstandes wurden 58 Stimmen abgegeben, davon entfielen auf Martin 10 und auf den Kandidaten des bisherigen kommunistischen Vorstandes, den Grafen Geste 39, die übrigen neun Stimm waren unentschieden. Die Kollektive freigeberische organisierte Arbeiterschaft hat damit den unheilvollen Zerfall ihrer und ihren Rostauer Partner eine Abgabe erteilt, die an Drücklichkeit nicht zu wünschen übrig läßt.

Die Berliner Metallarbeiter gegen Notan. Die verlagte außerordentliche Generalversammlung der Verwaltungsgesellschaft Groß-Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes wurde am Montag um weichen Einigung zum Verhandlungstag fortgesetzt. Von kommunistischer Seite war zu den Zweckbestimmungen der Organisation im § 1 des Statuts folgender Zusatz beantragt worden: „In dem entscheidenden Mingen des Proletariats mit der Bourgeoisie hat die Organisation ihre gesamten Wachstumsmittel einzusetzen bis zum Siege des Proletariats.“ — Der Vorsitzende Hrsg führte aus: „Der Antrag habe die Verwaltung bekräftigt und da habe ein Teil der Kollegen sich auf den Standpunkt gestellt, daß der Antrag in seiner Fassung nicht schlüssig sei, als die augenblickliche Bestimmung, wonach die Organisation den Zweck verfolgt, die Ehr sowie die materiellen und geistigen Interessen der Mitglieder zu wahren und zu fördern. In Betracht kommt, daß die

vertriebenen politischen Arbeiterparteien vorliegender Meinung darüber sein können, wann der Zeitpunkt des entscheidenden Ringens“ des Proletariats eingetreten sei. Aus diesen Worten heraus habe die Verwaltung den Antrag abgelehnt. Die Generalversammlung lehnte darauf den Antrag ebenfalls ab. Darauf kam man zu den allgemeinen Anträgen. Die Kommunisten beantragten: „Der Verband möge den Beitritt der Organisation zur Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau beschließen. Dadurch wird das Verhältnis unterer Organisation zur Metallarbeiter-Internationale und zum I.O.B. nicht berührt.“ (II) In der Begründung des Antrages hieß es: „Die Führer der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale die bei den Kommunisten üblichen Verrätereie aus, was ihm eine sehr deutliche und energiegelade Abfuhr seitens des Delegierten J. B. eintrug. Nach lebhafter Diskussion wurde der Antrag mit überreicher Mehrheit abgelehnt.“

Genossenschaftliches.

Der Hauptausflug des Internationalen Genossenschaftsbundes

Am 17. und 18. April in Kopenhagen. Am Freitag waren 41 Vertreter von 17 Ländern. Die Hauptaufgabe der Konferenz war die Revision der Statuten. Aber die auf dem internationalen Genossenschaftstag in Basel berichtet werden wird. Die Änderung betrifft die an die Allianz zu leistenden Beiträge und das darauf beruhende Recht der Vertretung der einzelnen nationalen Genossenschaftsverbände. Der erste Bestimmungen der Statuten soll laut Folgendes folgende grundsätzliche Erklärung angehängt werden: „Der Internationale Genossenschaftsbund sucht in Weiterführung des Werkes der Rochdale Pioniere, in vollständiger Unabhängigkeit und nach eigenen Maßstäben das gegenwärtige private Konkurrenzsystem durch ein Genossenschaftsregime zu ersetzen, dessen Organisation die Wahrung des Gemeininteresses zu gewährleisten hat und auf dem Prinzip der gegenseitigen Hilfe aufzubauen ist.“ Die neuen Statuten sollen, sofern sie von der Baller Delegiertenversammlung genehmigt werden, am 1. Januar 1922 in Kraft treten. Weiter hatte sich die Konferenz mit dem künftigen Aktionsprogramm der Allianz, mit dem Verhältnis zu den Beziehungen der Genossenschaften zu den Gewerkschaften zu beschäftigen. Der Einfluß und die propagandistische Tätigkeit des Genossenschaftsbundes sollen, wie einstimmig betont wurde, durch eine Reihe wirksamer Maßnahmen gesteigert werden. Angeregt wurde ein wirtschaftsstatistisches Zentralbureau zu gründen, das dokumentarisch belegte Informationen aus allen Ländern zu sammeln und für die Zwecke eines regen Verkehrs und einer gründlicheren Kenntnis der Verhältnisse herauszugeben hätte. Weiter die Frage einer besseren Regelung der Beziehungen zwischen Genossenschaften und Gewerkschaften referierten Ferner (Belgien) und Lorenz (Frankreich). Zur Frage des internationalen genossenschaftlichen Güteraus-tausches legte Kaufmann (Deutschland) eine Entschließung vor, die im wesentlichen folgendes befragt: „Die verschiedenen nationalen Großhandelsgenossenschaften, die heute direkt oder indirekt mit der internationalen Genossenschaftsallianz verbunden sind, haben einen besonderen Verband der Großhandelsgenossenschaften zu bilden, der als Genossenschaft in England ins Handelsregister einzutragen und der bestehenden Allianz organisch anzugliedern ist. Ein Zentralkomitee und die Generalversammlung der Mitglieder sollen die Kontrolle über die Tätigkeit der Organisation ausüben.“ Es handelte sich im Grunde nicht um die Schaffung einer internationalen Großhandelsallianz, deren Gründung große Schwierigkeiten erheben würde, sondern um den engeren Zusammenschluß der bestehenden Großhandelsgenossenschaften zu gemeinsamen Handeln. Die endgültige Tagesordnung des internationalen Kongresses in Basel wurde folgendermaßen festgelegt: Sie umfaßt u. a. folgende Gegenstände: Tätigkeitsbericht des Internationalen Genossenschaftsbundes seit 1918, Revision der vom Kongreß in Glasgow gefassten Friedensresolution und die Grundsätze des internationalen Rechtes vom genossenschaftlichen Standpunkt, Richtlinien der internationalen Genossenschaftsbewegung, das Verhältnis zwischen dem I.O.B. und der Internationalen Großhandelsallianz, das Verhältnis, das zwischen den Genossenschaften und den Gewerkschaften bestehen sollte, das internationale Arbeitsamt und den Völkerverbund.

Volkswirtschaftliches.

Amerika und die Einwandererfrage. Die Einwanderungsfrage macht den Vereinigten Staaten augenblicklich viel Sorge. Die hiesige Beurteilung dieser Frage ermöglicht die Zahlen, die jetzt viel in der amerikanischen Presse erörtert werden. In den fünf Jahren, die mit dem 30. Juni 1914 endeten, landeten an den Küsten der Vereinigten Staaten 5 170 044 Personen, während 1 856 784 das Land verließen. Der Gewinn durch die Einwanderung betrug also 3 822 260 oder 764 452 jährlich. In den 5 Jahren von 1915 bis 1920 betrug die Zahl der eingewanderten Personen 778 686, während 678 194 das Land verließen. Der Zuwachs durch Einwanderung belief sich also auf nur 100 042 Personen oder 20 008 im Jahre. In dem einen Jahr, das mit dem 30. Juni 1920 endete, wanderten 10 000 Personen mehr aus als herankamen. Die ablehnende Stellung der Amerikaner gegen die Einwanderung, die sich in diesen Zahlen ausdrückt, ist hauptsächlich durch die Erfahrungen des Krieges hervorgerufen worden. Es war eine ebenso beschämende wie heunruhigende Tatsache, daß in einem Land, das von Hochschulen, Schulen und Bildungsanstalten aller Art überfüllt ist, und in dem seit langem der allgemeine Schulzwang herrscht, von 4 Soldaten immer einer weber lesen noch schreiben konnte. Man wird daher vor allem versuchen, diese analphabetischen Elemente fernzubehalten. Auch auf Frauen legt man keinen großen Wert, den die Vereinigten Staaten besitzen einen Ueberfluß von zwei Millionen Mädchen im heiratfähigen Alter. Die Verteilung der fremdbürtigen Bürger in den Vereinigten Staaten verhält sich nach den neuesten Ermittlungen folgendermaßen: 1 688 298 Deutsche, 1 898 999 Russen, 1 139 578 Polen, 1 035 680 Iren. Dann kommt Kanada mit 809 455 ursprünglich britischer und 807 681 Personen französischer Abstammung, 812 414 fremdbürtige Amerikaner stammen aus England 624 759 aus Rußland, 574 959 aus Oesterreich, 397 081 aus Ungarn, 383 599 aus Norwegen, 359 285 aus der Tschecho-Slowakei, 173 063 aus Jugoslawien und 152 792 aus Frankreich, Ostasien-Bohringen eingeschlossen.

Der deutsche Funkverkehr mit dem Auslande hat sich im Kalenderjahr 1920 sehr erfreulich entwickelt. Die Großfunkstelle Rauen besorgte neben der Verbreitung des Europa- und des Uebersee-Pressdienstes in der Hauptsache den allgemeinen Verkehr mit den Vereinigten Staaten von Amerika und darüber hinaus. Als Gegenfunkstellen dienten in Nordamerika die Stationen Annapolis und Marlon. Es wurden monatlich rund 9730 Telegramme mit 205 770 Wörtern gegen

rund 5000 Telegramme mit 120 000 Wörtern im Vorjahre ausgetauscht. Die Großfunkstelle Gießen vermittelte den telegraphischen Verkehr mit Spanien; als Gegenfunkstelle auf spanischer Seite dienten die Funkstationen Uranjuez Carabanchel; zu Ende des Jahres wurden auch Versuche der Funkstation Barcelona angestellt. Es wurden monatlich rund 9800 Telegramme mit 162 000 Wörtern gegen rund 3000 Telegramme mit 74 800 Wörtern im Vorjahre besandt.

Soziale Praxis in England. Der erste Bericht des englischen Gesundheitsministeriums ist, wie in der „Deutsche Medizinischen Wochenchrift“ mitgeteilt wird, veröffentlicht worden. Dieses neuartige Ministerium umfaßt acht Unterabteilungen, darunter Abteilungen für allgemeine Gesundheitspflege, für Mutter- und Kinderwohlfahrt, Tuberkulose- und Geschlechtskrankheiten, Nahrungsmittel, Infektionskrankheiten usw. Dem Stab des Ministeriums gehören 95 Ärzte an. Die britischen Konsulate auf der ganzen Erde liefern regelmäßige Berichte. 22 Mill. Menschen sind in England in Kasernen, von 12 000 Ärzten versorgt werden. Kein Kaiser hat mehr als 3000 Kassenpatienten auf seiner Liste gehabt. Besonders wird auf die Gefahren des Flecktyphus hingewiesen, die durch die Wiederherstellung normaler Beziehungen zu Rußland und dem Osten drohen, sobald auf die Verdrängung der Cholera durch Wekspilger nach Rußland und von dort nach dem übrigen Europa.

Aus aller Welt.

Ein Opfer der Wettbewerbslust. Die verderbliche Wettbewerbslust, die schon so viele Opfer gefordert hat, einen braven Mann und seine Familie in namenloses Unglück gestürzt. Mäde der nachstehende Bericht allen denen, die da meinen, vom Wetten nicht lassen zu können, zu denken geben. Ein 51-jähriger Zeitungsausdräger hatte sich unter der Auflage des Nordvertrages vor dem Berliner Schwurgericht zu verantworten. Der Angeklagte, welcher früher als Schneidermeister in guten Verhältnissen lebte, hat während des Krieges seine Ersparnisse verloren und war schließlich gezwungen, um den Lebensunterhalt für sich und seine zwei Kinder heranzuschaffen, Zeitungen auszutragen. Zu seinem Unglück wurde er mit Leuten bekannt, welche auf der Rennbahn wetten und in ihm wurde der Gedanke, daß er auf diese Weise auch wieder hochkommen könnte, bald zur fixen Idee. Er legte einen Teil seines geringen Verdienstes beim Buchmacher an und verlor. Einmal Tages hatte die Familie kein Brot mehr und er ließ sich verleiten, 160 einflachte Rabonementgelder für sich zu behalten. Um der drohenden Anzeige zu entgehen, wandte er sich an einen bemittelten Freund, der aber dem Spieler, der ihm nicht die Wahrheit gesagt hatte, sein Ersuchen abschlug. In dieser heissen Situation ließen den Angeklagten die Nerven im Stich und er schritt zur Ausführung eines schlimmen Planes. Er suchte den Freund in seiner Laube auf, und schlug ihm mit einem Hammer auf den Kopf, wurde aber von dem Ueberfallenen sofort gepackt, festgehalten und der Polizei übergeben. Gerichtsrat Dr. G. Girsch, welcher den Angeklagten auf seinen Geisteszustand untersucht hatte, bezeichnete diesen als einen Willensschwachen, trotzdem aber zu Affekthandlungen neigenden Menschen von verminderter Zurechnungsfähigkeit. Das Urteil lautete demgemäß wegen verübten Totschlags unter Zuhilfenahme mildernder Umstände auf ein Jahr und drei Monate Gefängnis unter Anrechnung von fünf Monaten der Untersuchungsfrist.

Erblisch bestraft. Vor dem Berliner Landgericht I hatte sich wegen wiederholten Diebstahls eine aus besten Verhältnissen stammende Frau zu verantworten. Die Angeklagte wird beschuldigt, und ist ohne weiteres geständig, in sechs Fällen in Berlin und in einem Falle in Dresden in Juwelengeschäften „Prillanten und Juwelen gestohlen zu haben. Als „Gräfin Vandiffin“ oder „Kreißrau von Stork“ pflegte sie erste Juwelengeschäfte zu betreten und sich Schmuckstücke zum eventuellen Kauf vorlegen zu lassen. Ihr ganzes Auftreten war so vertrauenswürdig, daß ihr seitens der Verkäufer nicht die sonst übliche Aufmerksamkeit gewidmet wurde, so daß sie Gelegenheit fand, dieses oder jenes Stück sich heimlich anzueignen und sich damit zu entfernen. Einen Grund für diese verbrecherische Tätigkeit vermochte die Angeklagte, die in den besten Verhältnissen lebte und mit keinerlei Not zu kämpfen hatte, nicht anzugeben. Sie erklärte nur, wenn sie vor einem Juwelierladen stand und in den Schaufenstern die blinkenden Juwelen sah, habe sie eine geheimnisvolle, unwiderstehliche Macht in den Sinnen ergriffen zur Ausführung des Vorhabens, sich etwas von diesen Schätzen anzueignen. Auf Antrag des Justizrats Wronter haben sich bereits zahlreiche Herrenräte mit ihr beschäftigt und sind übereinstimmend zu der Ueberzeugung gekommen, daß sie eine ganz abnorme Persönlichkeit, die erblisch stark belastet ist und schon in ihrer frühen Jugend durch eine in unglücklicher Weise arbeitende Phantasie affiziert. Sie hatte eine unwiderstehliche Neigung, Erlebnisse phantastisch auszuwickeln und als unumstößliche Tatsachen hinzustellen, teilweise auch frei zu erfinden. In der Verhandlung kamen ganz krasse Fälle solcher absolut erkundeten Vorurteile zur Sprache, die den Nervenzustand und die langjährigen Hausärzte der Familie zu der Ueberzeugung gebracht haben, daß man es mit einer degenerierten Konstitution zu tun habe, die die Verantwortlichkeit für Straftaten ausblende. Tak auf die positiven Phänomene der Phantasie auch Spezialuntersuchungen ihren Einfluß auszuüben, wird die Tatsache, daß, nachdem sie sich vor zwei Jahren mit einem Beamten verheiratet hat, sie in gleichem Maße lebt und Mutter eines Kindes geworden ist, alle krankhaften Reaktionen der beschriebenen Art kurzweilig verschwunden sind. Auf Grund des Gutachtens beauftragte der Justizrat die Freisprechung der Angeklagten, auf die das Gericht auch erkannte.

Diplomatischer Valutaschmuggel. In Wien wurde ein Bulgaren namens Nissim Presenti angehalten, als er in die Schweiz reisen wollte. Er protestierte gegen diese Maßnahme und wies einen echten Diplomaten nach vor, sein Gepäck war mit Gegenständen aus der Schweiz besetzt. Presenti gab jedoch schließlich zu, daß er Geldschmuggel gewerbebetriebe. Der in Frage kommende fremdländische Gesandte hatte ihm selbst den Diplomatentypus zur Verfügung gestellt und selbst die Verbringung des angeblichen Kuriergepäcks vorgenommen. Der Bulgare stellte ferner nicht in Abrede, daß in dem Gepäck Geld enthalten sei, er nannte sogar die Summe von 12 Millionen österreichischer Kronen, erklärte aber gleichzeitig, daß dieses Geld Eigentum des Staates sei, in dessen Auftrag er reise. Bei der Leistung des „Kuriergepäcks“ stellte sich aber heraus, daß an den 12 Millionen Kronen 200 000 Kronen fehlten. Presenti beschuldigt den erwähnten Gesandten, sich das fehlende Geld angeeignet zu haben und erklärte gleichzeitig, der Gesandte sei am Entzagen der Schmuggelaktion beteiligt. Inzwischen wurde aber in der Wohnung des Bulgaren eine Hausdurchsuchung vorgenommen, und es haben sich Aufzeichnungen gefunden, aus denen hervorgeht, daß es sich bei der angeblichen „Kurierreise“ um Fahrten zum Zwecke des Valutaschmuggels handelt, der Presenti für private Auftraggeber ausführte.

Danziger Nachrichten.

Beendigung des Straßenbahnerstreikes.

Der Deutsche Transportarbeiterverband schreibt uns: Die Verhandlungen, die Herr Senator Jungo zur Beilegung des Straßenbahnerstreikes in die Wege geleitet hatte, haben zu einem vollen Erfolge geführt.

Zunächst fand am Donnerstag auf der Regierung mit der Straßenbahn-Direktion eine verbindliche Aussprache statt, in der diese nach wie vor ihren absehbaren Standpunkt vertrat. Von Seiten der Gewerkschaftsvertreter wurde mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß es weniger darauf ankommt, einen Ausgleich für die in letzter Zeit gestiegenen Mittelpreise zu schaffen, als gerade die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit denjenigen der übrigen Arbeiter auf gleiche Stufe zu stellen und damit Verdrängtes nachgeholt zu werden.

Der städtische Verkehrsausschuß hat nun seinerseits von der Situation Kenntnis genommen und das Verlangen des Straßenbahnerpersonals nach Lohnerhöhung als gerechtfertigt anerkannt. Es wurden alsdann folgende Einigungsvorschläge formuliert:

1. Die jetzigen Löhne einschließlich der Brotzulage erfahren durchweg eine Erhöhung von 85 Pfg. pro Stunde vom Tage der Arbeitsaufnahme an.
2. Der bisherige Mantelarif bleibt bestehen. Abschluß des Lohntarifes auf 5 Monate mit vierwöchiger Kündigung.
3. Restlose Wiedereinstellung sämtlicher Arbeitnehmer.
4. Aufnahme des Fahrbetriebes Sonntag am 31. Mai ab 7. Morgens.

Mit diesen Vorschlägen beschäftigte sich eine am Sonntag nach dem Lokale Steppuhn einberufene Vollversammlung der Belegschaft, die den Bericht der Organisationsvertreter über diesen Vermittlungsvorschlag entgegennahm.

Die Debatte über diesen Bericht war eine sehr ausgedehnte und wurde von den einzelnen Rednern betont, daß man diesen Vermittlungsvorschlag des Verkehrsausschusses nicht ablehnen dürfe, zumal auch die Öffentlichkeit dieses nicht verstehen würde. Auf der anderen Seite dürfte nicht verkannt werden, daß dieser Erfolg ein doppelter sei, nachdem die breite Öffentlichkeit durch den Fehlspruch des Schlichtergerichts bereits stark beeinflusst war.

Die geheim vorgenommene Abstimmung ergab, daß von 482 Versammlungsteilnehmern 415 ja, die Annahme dieses Angebots hinnehmen.

Damit ist der wirtschaftliche Frieden im Straßenbahnbetriebe wieder hergestellt. Die Bahn- und Streckenarbeiter, sowie die Kraftstationen und die Werkstätten haben bereits heute früh ihre Tätigkeit wieder aufgenommen.

Der Fahrbetrieb wird morgen Dienstag planmäßig beginnen. Die Straßenbahner sind aus diesem Kampf als Sieger hervorgegangen und haben sich weder durch das Geklaff von rechts noch links irgendwie betrunken lassen. Sie haben von Beginn des Kampfes den Standpunkt vertreten, daß nur die Einigkeit und Geschlossenheit in ihren eigenen Reihen ihnen den Erfolg bringen kann.

Die Direktion wird andererseits die Lehre ziehen müssen, daß auch die Straßenbahner zu kämpfen verstehen und daß sie für die Zukunft mehr wie bisher den sozialen Bedürfnissen ihrer Arbeitnehmer Rechnung tragen muß.

Aus den Verhandlungen des städtischen Verkehrsausschusses zur Beilegung des Straßenbahnerstreikes ist noch mitzuteilen, daß sich der Ausschuß mit einer Erhöhung der Preise für Einzel- und Doppelfahrtscheine von 90 Pfg. auf 1 Mark einverstanden erklärt hat. Diese Fahrpreiserhöhung soll jedoch nur für die Strecke Danzig—Langfuhr in Kraft treten. Diese Fahrpreiserhöhung für alle Linien würde eine Mehreinnahme von 650 000 Mk. ergeben. Da die Lohnerhöhung nur 550 000 Mk. austrägt, so soll für die Linie Danzig—Neufahrwasser—Bräsen der bisherige Fahrpreis in Kraft bleiben.

Der 1. Reichsarbeiterporttag in Danzig. Wie in allen Städten des Reiches, fanden sich gestern auch die dem Danziger Arbeiterportkartell angeschlossenen Arbeitersportvereine auf dem Heinrich-Ehlers-Platz zu einem gut besuchten Turn-

Es ist im übrigen beinahe selbstverständlich, daß die Bekämpfung dieser nationalistischen Volksverfälschung in friedlicher Tätigkeit den breitesten Raum einnimmt. Zur Kennzeichnung der verlogenen Phrasologie der Durchhaltepolitik beruft er sich u. a. auf eine Rede unseres Genossen St. Böbel, der am 24. Februar 1916 im Preussischen Abgeordnetenhaus ausführt hat: Der Burgfriede ist also in Wahrheit nicht der politische Gottesfrieden, der allen gleiche Rechte einräumt, nicht ein ehelicher Waffenstillstand zwischen politischen Gegnern, sondern eine einseitige Knebelung der demokratischen Volkstriebe, die sich widerstandslos einer konservativ-reaktionären Politik ausgeliefert sehen. Und an die Straßverfolgung von Karl Liebknecht knüpft Fried diese Bemerkung: Der deutsche Reichstag hat damit zu erkennen gegeben, daß er Parteienkenntnis nicht mag in der Zeit seiner Weidung viele abstoßen; sein Mut muß anerkannt und seine Ehrlichkeit darf nicht bezweifelt werden. Er ist Gegner des Krieges und dieses Krieges. Die alldenklichen Schreier laufen noch immer frei herum; Niedersticht ist in das Verlies eines Gefängnisses verschwand.

Wenn endlich Fried auf die unabweisliche Notwendigkeit einer Demokratisierung der staatlichen Organisation in Deutschland und Österreich hinweist, so hat er bereits im zweiten Kriegsjahre die Entwicklung vorausgesehen, die sich drei Jahre später naturgemäß vollziehen mußte. In der Errichtung der Demokratie erblickt er, wie er schreibt, die realen Grundlagen des dauernden Friedens. Natürlich trägt ihm auch diese Stellungnahme den Götzen der konservativen Presse, wie beispielsweise der „Kreuzzeitung“, ein. Der damalige Reichstagsabgeordnete von Bonn, ein ehemaliger altpreussischer Landrat und echter Junker, hat es geradezu ausgesprochen, daß er von einer Neuorientierung im Sinne der friedlichen Forderungen eine noch höhere Demokratisierung und Verbindung (!) unserer öffentlichen Zustände befürchte, und er wendet die Reichsregierung, sich nicht durch die Haltung der Sozialdemokratie und des Ruben in uns täuschen zu lassen.

Gewiß wird es Fried ungeheuer schmerzhaft gewesen sein, die jüngste weltpolitische Entwicklung, die allen pazifistischen Bestrebungen anscheinend Vorschub zu leisten, aber wie dürfen doch die Hoffnung hegen, daß die Kriegsverhältnisse, die heute noch vornehmlich in Frankreich und Polen ausschlaggebend ist, eine Weltfriedenspolitik ist, die sich im Laufe der Jahre von selbst ausbilden würde. An uns als Träger der demokratischen Republik und als wichtiges Mitglied der sozialistischen Internationale wird es sein, daß Heberwindung aller nationalistischen Unzulänglichkeiten das Weltfriedensideal seiner Verwirklichung entgegenzuführen.

und Spitzel zu jammern. Wenn es sich um die Beendigung dieses Streikes handelt, so ist es morgen nachmittags.

Der Fischereistreit in den polnischen Gewässern.

Die polnische Regierung hat am 2. Juni 1921 den Senat des freien Staates Danzig benachrichtigt, daß sie die Fische der Ostsee, die im Gebiet des freien Staates Danzig gefangen werden, auf der Westgrenze der polnischen Gewässer untersuchen lassen. Der Oberkommissar Gelling hat sich dem am 10. Juni an den in Danzig anwesenden Vertretern der polnischen Regierung übergeben. Die polnische Regierung hat die polnische Regierung über die Fische der Ostsee, die im Gebiet des freien Staates Danzig gefangen werden, auf der Westgrenze der polnischen Gewässer untersuchen lassen.

Mit der polnischen Regierung hat die polnische Regierung über die Fische der Ostsee, die im Gebiet des freien Staates Danzig gefangen werden, auf der Westgrenze der polnischen Gewässer untersuchen lassen.

Die Abgrenzung des Fischereirechts zwischen Polen und Danzig erfolgte nicht infolge einer Nichterklärung in den polnisch-Danziger Verhandlungen, sondern aus deren Gründen. Das polnisch-Danziger Abkommen, das den gemeinsamen Fischfang in

An die Ortsvereine der Sozialdemokratischen Partei der Freien Stadt Danzig!

Werte Genossen und Genossinnen! Auf Grund des § 19 des Organisationsstatutes berufen wir den diesjährigen

ordentlichen Parteitag

am Sonntag, den 28. Juni 1921, vormittags 10 Uhr nach Danzig, Volkstagsgebäude, Raum 23/24.

- Die vorläufige Tagesordnung ist wie folgt festgesetzt:
1. Eröffnung des Geschäftsberichtes. (Gen. Alsh.)
 2. Bericht der Pressekommission. (Gen. Bergmann.)
 3. Beschlußfassung über das Organisationsstatut. (Bericht-erfasser Gen. Brill.)
 4. Tätigkeitsbericht der Volkstagsfraktion. (Bericht-erfasser wird noch mitgeteilt.)
 5. Unsere Stellung zur 2. Internationale.
 6. Wahl des Landesvorstandes, der Kontrollkommission und der Pressekommission.
 7. Anträge.

Wir ersuchen die Ortsvereine, sofort zu diesem Parteitag Stellung zu nehmen und die Delegierten zu wählen. Nach § 6 des Statutes entsenden die Ortsvereine bis zu 300 Mitgliedern einen Delegierten, bis zu 500 Mitgliedern zwei, bis zu 1000 Mitgliedern drei Delegierte und über 1000 für jede weiteren 500 Mitglieder einen Delegierten mehr. Die Namen der gewählten Delegierten sind dem Landesvorstand mitzuteilen, damit den Ortsvereinen die Mandate zugestellt werden können. Anträge für die Tagesordnung sind spätestens bis zwei Wochen vor dem Stattfinden bei uns einzureichen. Weitere Mitteilungen neben den Ortsvereinen direkt zu.

Mit Parteigruß
Der Landesvorstand.

staltet, wurde am 18. April und am 8. September 1920, provisorisch abgeschlossen, also in einer Zeit, wo nicht die verschiedensten Schwierigkeiten bestanden, die aus dem bedeutenden Unterschied der politischen und der Danziger Verhältnisse hervorgehen. (1) Das Abkommen vom 8. September 1920 hat bereits am 30. November 1920 seine Gesetzkraft verloren, und wurde nur mit Rücksicht auf die in Kraft zu tretende Konvention bis zum 28. Februar d. J. verlängert. Von dieser Zeit erfolgte keine weitere Verlängerung. Am 1. März ist das Recht des gemeinsamen Fischfangs erloschen und die polnische Regierung sowie die Regierung Danzigs hatte das Recht eine Abgrenzung des Fischereirechts zu verlangen. Wenn die polnische Regierung dieses nicht einführte, so geschah es lediglich mit Rücksicht darauf, den polnischen sowie den Danziger Fischern die Möglichkeit zu geben, sich den neuen Verhältnissen anzupassen, die durch die Abgrenzung des Fischereirechts eintreten.

Die gegenwärtige Lage kann nicht weiter bestehen, da sie den polnischen Behörden die Kontrolle über die polnischen Fischer unmöglich macht. Der Schmuggel und verschiedene Mißbräuche auf den polnischen Territorial-Gewässern nimmt immer größere Umfänge an. Je größer der Unterschied zwischen den Zahlungsmitteln ist, solange eine Wirtschaftsgrenze auf dem Festlande besteht, um so mehr auch eine Wirtschaftsgrenze auf dem Wasser aufrechterhalten werden.

Ich erwarte es auch im allgemeinen nicht, daß die Frage der Beilegung der Danziger Streitigkeiten auf dem Gebiet der polnischen Republik, oder auf dem Territorial-Gewässern dieses Landes, zu den Angelegenheiten gehört, von denen in der polnisch-Danziger Konvention die Rede ist. Wenn die Danziger Regierung in dieser Hinsicht etwas zu wünschen hat, so könnte und kann sie sich immer an die polnische Regierung wenden, sei es im Rahmen von Verhandlungen, oder auf einem anderen Wege, um sich zu verständigen, was die Sache selbst anbetrifft, oder auch bezüglich des Abgrenzungstermins.

Die polnische Regierung hat am 2. Juni 1921 den Senat des freien Staates Danzig benachrichtigt, daß sie die Fische der Ostsee, die im Gebiet des freien Staates Danzig gefangen werden, auf der Westgrenze der polnischen Gewässer untersuchen lassen.

Mit der polnischen Regierung hat die polnische Regierung über die Fische der Ostsee, die im Gebiet des freien Staates Danzig gefangen werden, auf der Westgrenze der polnischen Gewässer untersuchen lassen.

Die Abgrenzung des Fischereirechts zwischen Polen und Danzig erfolgte nicht infolge einer Nichterklärung in den polnisch-Danziger Verhandlungen, sondern aus deren Gründen. Das polnisch-Danziger Abkommen, das den gemeinsamen Fischfang in

Mit der polnischen Regierung hat die polnische Regierung über die Fische der Ostsee, die im Gebiet des freien Staates Danzig gefangen werden, auf der Westgrenze der polnischen Gewässer untersuchen lassen.

Die Abgrenzung des Fischereirechts zwischen Polen und Danzig erfolgte nicht infolge einer Nichterklärung in den polnisch-Danziger Verhandlungen, sondern aus deren Gründen. Das polnisch-Danziger Abkommen, das den gemeinsamen Fischfang in

Die Abgrenzung des Fischereirechts zwischen Polen und Danzig erfolgte nicht infolge einer Nichterklärung in den polnisch-Danziger Verhandlungen, sondern aus deren Gründen. Das polnisch-Danziger Abkommen, das den gemeinsamen Fischfang in

Die Abgrenzung des Fischereirechts zwischen Polen und Danzig erfolgte nicht infolge einer Nichterklärung in den polnisch-Danziger Verhandlungen, sondern aus deren Gründen. Das polnisch-Danziger Abkommen, das den gemeinsamen Fischfang in

Die Abgrenzung des Fischereirechts zwischen Polen und Danzig erfolgte nicht infolge einer Nichterklärung in den polnisch-Danziger Verhandlungen, sondern aus deren Gründen. Das polnisch-Danziger Abkommen, das den gemeinsamen Fischfang in

Die Verwaltung des Hafens vom 1. Juni dem Hafenausschuß unterstellt.

Nach den Bestimmungen der zwischen Danzig und Polen am 9. November 1920 abgeschlossenen Konvention hat der Ausschuß für den Hafen und die Wasserwege Danzigs drei Monate nach Bestimmung seines Präsidenten die Verwaltungstätigkeit in den durch die Konvention gefestigten Grenzen zu übernehmen. Dieser ursprünglich auf den 28. Mai fallende Zeitpunkt ist im Einverständnis mit den Beteiligten aus praktischen Gründen auf den 1. Juni d. J. verschoben worden.

Mit diesem Zeitpunkt treten daher auch verschiedene bisher dem Senat unterstellte Behörden, das Postamt, Hafenamt, Hafenabgabestelle, Hafenbauamt und Wechselstromverwaltung, in dem durch die Konvention festgelegten Umfang unter den genannten Ausschuß, der als die ihnen unmittelbar vorgeordnete Stelle anzusehen ist, soweit es sich um Angelegenheiten handelt, die nach der Konvention zur Verwaltung des Hafenausschusses gehören. Hinsichtlich des Rechnungswesens und Kassensystems dient bis auf weiteres die Freihandhabungskasse weiterhin als Kassensystem.

Hinsichtlich der Stellung der entsprechenden Beamten, Kräfte und Arbeiter ändert sich bis auf weiteres an dem früheren Beamten- oder Vertragsverhältnis der einzelnen Dienststellen gegenüber der Regierung durch diese neue Ordnung nichts.

Hinsichtlich der polizeilichen Funktionen einzelner Behörden oder Beamten erfolgt ein Übergang auf den Hafenausschuß nicht, da die Polizei als Ausfluß der Staatsouveränität der Regierung der Freien Stadt verbleibt. Soweit daher Beamte oder Angestellte polizeiliche Funktionen ausüben, tun sie dies in ausdrücklicher Eigenschaft als Polizeibeamte der Regierung.

Im einzelnen wäre noch zu bemerken, daß die Wasserplatte und deren Angelegenheiten nicht durch den Hafenausschuß verwaltet werden.

Was den Umfang der Tätigkeit der Wechselstromverwaltung anbetrifft, so tritt hier zum Verwaltungsbereich des Hafenausschusses nur die Verwaltung des Strombetriebes der Weichsel von der polnischen Grenze bis zur Mündung mit Einschluß der den Stromschlag sichernden Uferbefestigungen.

Eine Tragödie der Armut.

Selbstmord eines Familienvaters mit seinen drei Kindern.

In der Danziger Waggonfabrik hat sich am Sonnabendabend gegen 10 Uhr eine erschütternde Selbstmordtragödie abgespielt. Es wird darüber wie folgt berichtet: Der 40-jährige Otto Gorken, der als Bademeister bei der Eisenbahn angestellt ist, verließ um die siebente Abendstunde mit seinen drei Kindern die Wohnung unter dem Normand's Feldarbeiten zu verrichten. Er legte sich mit ihnen aber zur Toilettewäsche, während die Kinder mit einer Schürze zusammenkutschelten. Er trat mit Spaten und Hacke. Darauf ließ er die Kinder ins Wasser und sprang selbst hinterher. Durch Hilfe rufe des ältesten Sohnes Otto, der sich an der Unterboje des dort liegenden Seglers „Mogotta“ über Wasser hielt, erreichte der Stewart des Seglers Herbei. Es gelang ihm, die drei Kinder und den Vater aus dem Wasser zu ziehen. Die Kinder waren noch bei Bewußtsein, der Vater konnte erst nach längeren Wiederbelebungsvorversuchen, die von Beamten der Schutzpolizei vorgenommen wurden, ins Leben zurückgerufen werden. Alle vier Personen wurden mit dem Krankenwagen in das städtische Krankenhaus überführt.

Die Tat des Vaters soll auf schwere Gemütserschütterungen zurückzuführen sein, da er in letzter Zeit viel mit Crisisschwierigkeiten zu kämpfen hatte. Überfluß und Saitenmangel auf der einen, grenzenlose Not und alles untergraben der Existenzorgane auf der anderen Seite, das sind die Begleiterscheinungen unserer bestehenden Gesellschaftsordnung, die von ihren Verteidigern als die „göttliche“ bezeichnet wird.

Die Danziger Fragen im Völkerverbund. Von dem Generalsekretariat des Völkerverbundes ist die Nachricht eingelaufen, daß in der am 17. Juni beginnenden Tagung des Rats des Völkerverbundes in Genf die Danziger Fragen wahrscheinlich am 22. und 24. Juni zur Verhandlung kommen werden.

Das Jahrbuch der Verordnungsstellen gibt das „Rechtsamt“ jetzt Wallgasse 15/16 auf Veranlassung der zuständigen Reichsbehörde hiermit folgenden Befannt: Besondere Befugnisse ein Beglaubigter, der sich im Auslande (also auch in England) aufhält, eine andere Person zum Empfange seiner Verordnungsgebühren, so hat der Besondere Befugigte der zuständigen Verordnungsstelle die entsprechende Vollmacht vorzulegen. Der die Verordnungsgebühren schuldigende Stelle sind bei jeder Übertragung Befugnisse darüber zu übergeben, daß der Verordnungsbesitzer noch lebt und die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt. Diese amtlichen Befugnisse bedürfen der Beglaubigung des zuständigen deutschen Konsuls hier.

Stadttheater Danzig. Montag, den 30., abends 7 Uhr (Ermäßigte Preise): „Alt-Heidelberg“. Dienstag, den 31., abends 7 Uhr (Letzte Opernvorstellung): „Mona Lisa“. Mittwoch, den 1. Juni, abends 7 Uhr: Zum ersten Male: „Die Maulefalle“, Schwank in 3 Akten von Hans Bodanich und Hans Sturm, Donnerstag, den 2., abends 7 Uhr: Zum ersten Male: „Wenn wir Toten erwachen“, Ein dramatischer Epilog in 3 Akten von Henrik Ibsen. Freitag, den 3., abends 7 Uhr: „Die Maulefalle“. Sonnabend, den 4., abends 7 Uhr (Ermäßigte Preise): „Alt-Heidelberg“. Sonntag, den 5., abends 7 Uhr: „Die Maulefalle“.

U. Z. Schauspiel. Der neue Spielplan wartet mit einem vieraktigen Drama „Nach dem Tode in der Karthausen“ auf. Durch die Einwirkung einer kleinen Diebstahlschande verliert der Film seinen hohen Ruf auf Kriminalfilm und ist somit zum Drama geworden. Das Stück ist mit spannenden Momenten reich versehen. Jedoch fehlt es an der genauen Klärung der Zusammenhänge. — Ein Duell. „Der rote Hatter“ läßt den Kampf zur Geltung kommen.

Märchenabend. Der Kunstverein „Die Naturfreunde“ veranstaltet für die Kinder, die an seinen Kinderwanderungen teilgenommen haben am 21. Mai, den 1. Juni, abends 6 1/2 Uhr.

In letztem Geis (Schiffbau) wickeln einen Kutschmann und blüht die Eltern, an diesem Abend über Arbeit nicht nachteilig teilnehmen zu lassen.

Verdammtes Kind. Freitag abend zwischen 6 und 7 Uhr ist von Schöngasse 26 c ein kleiner 2 1/2 jähriger Junge verschunden. Befindet sich derselbe mit blauer Unterhose mit weißem Leibchen, gestrichelt H. R., rotbrauner Oberhose, rotbraunem Mittel, weiß-blau farbeder Schärpe und war barfuß. Die Haare sind blond und kurz geschnitten. Der Knabe hört auf den Namen Erwin. Alle Angaben erbitte der Gewohnte und Vorname des Knaben. Schöngasse 26 c.

Beachtet wird seit Sonntag, den 27. Mai, der Schöngasse 6 1 Treppen bei Frau Sid. wohnhafte 23 Jahre alte beruflose Chalm Sänger. Nach Angabe der Hauswirtschafterin, bei welcher er seit 2 Wochen wohnt, macht er den Eindruck eines Tiefkinnigen. Er wird beobachtet, daß er sich ein Bild anfertigen hat oder einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Er ist etwa 1,65 Meter groß, dunkel, wolles Haar, Augen dunkel, Nase lang, schmal; beidseitig mit hellem Knorpel, Sportmütze, weissen Strickstrümpfen, schwarzen Handschuhen. Einzig Angaben über den Verbleib des Vermissten erbitte die Kriminalpolizei.

Beranstaltungen. **Städt. Musikschule.** hat heute und heute Sonntag und Montag bei Frau Sid. wohnhafte 23 Jahre alte beruflose Chalm Sänger. Nach Angabe der Hauswirtschafterin, bei welcher er seit 2 Wochen wohnt, macht er den Eindruck eines Tiefkinnigen. Er wird beobachtet, daß er sich ein Bild anfertigen hat oder einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Er ist etwa 1,65 Meter groß, dunkel, wolles Haar, Augen dunkel, Nase lang, schmal; beidseitig mit hellem Knorpel, Sportmütze, weissen Strickstrümpfen, schwarzen Handschuhen. Einzig Angaben über den Verbleib des Vermissten erbitte die Kriminalpolizei.

Die Unterhaltungsblätter „Globe“ seit Ende des Jahres die Welt des Varietés mit seinem Reiz erfüllt hat. Es ist ein Reiz gegeben, der es ihm an Vielfältigkeit und Vollendung nachgeben hätte. Bisher hat nur Regalia die Konkurrenz mit Schillerer Schöffer, dem Illusionen, erfolgreich aufzuheben können. Wenn man sie mit Schillerer Schöffer vergleicht, so braucht man eigentlich gar nicht mehr zu sagen, welcher Art die Überraschungen sind, die sie im Variété „Wintergarten“ dem Danziger Publikum zu bereiten gedenkt. Nur das eine sei angeführt, daß sie Künstlerin und Künstlerin in glücklichster Weise in sich vereint. Daneben wird das Programm des „Wintergarten“ noch eine Reihe erstklassiger Kunstleistungen auf anderen Gebieten bringen. (Siehe Anzeigenblatt.)

BORG CIGARETTEN

für Qualitäts-Raucher

Wasserstandsberichte am 26. Mai 1921.

	gestern	heute	gestern	heute	
Havel	1,28	0,98	Dielitzsch	0,85	0,67
Warta	1,27	1,12	Dirschau	1,00	0,82
Elbe	1,90	—	Einlage	2,10	2,05
Spree	0,86	0,79	Schlesien	2,30	2,32
Oberrhein	0,75	0,68	Sachsen D. P.	6,62	6,58
Weser	0,78	0,68	Sachsen D. P.	4,46	4,42
Elbe	0,94	0,83	Neuhofen	2,04	2,04
Werra	1,42	1,28	Wolfsdorf	—	—
Elbe	0,90	0,77	Worms	0,80	0,94

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Bolze, für den Danziger Nachrichten und die Unterhaltungsblätter Fritz Weber, beide in Danzig; für die Interests Bruno Grawert in Orla. Druck und Verlag von J. G. Schmidt & Co. Danzig.

Stadttheater Danzig.
Direktion: Rudolf Schaper.
Montag, den 30. Mai 1921, abends 7 Uhr.
Ermäßigte Preise!

Alt-Heidelberg
Schauspiel in 3 Akten von H. B. Meyer-Höller.
Spielleitung: Heinz Krede. Inspektion: Emil Werner.
Personen wie bekannt. Ende gegen 10 Uhr.
Dienstag, abends 7 Uhr. Letzte Opernvorstellung: „Mona Lisa“.

Mittwoch, abends 7 Uhr. Zum 1. Male: „Die Maulefalle.“ Schwank in 3 Akten.
Donnerstag, abends 7 Uhr. Zum 1. Male: „Wenn wir Toten erwachen.“ Dramatischer Epilog in 3 Akten von Henrik Ibsen.
Freitag, abends 7 Uhr. „Die Maulefalle.“
Sonnabend, abends 7 Uhr. Ermäßigte Preise. „Alt-Heidelberg“.
Sonntag, abends 7 Uhr. „Die Maulefalle.“

Neues Operetten-Theater
Dir. Paul Banmann.

ab Mittwoch, 1. Juni u. folgende Tage
Grosser internationaler Ringer-Wettstreit
um den großen Preis von Danzig.
Folgende berühmte Ringer des In- und Auslandes haben sich gemeldet:

Ernst Siegfried, Meisterring von Deutschland
K. Macdonald, Champion von Schottland und Irland
Willy Stilling, Meisterring von Norddeutschland
Max Köhler, Meisterring von Brandenburg
Blasse, Meisterring von Berlin
Tornow, Meisterring von Pommern
Charlie Langer, Meisterring im freien Stil, Nordamerika
Fred Sohn tz, Meisterring v. Westfalen
Willy Namscher, Meisterring vom besetzten rheinischen Gebiet
G. Erikson, Meisterring von Dänemark
Theo Mitzen, Meisterring von Köln
Gustav Staber, Meisterring von Ostpreußen
Paul Möbus, Berliner Meisterring
Otto Watzke, Meisterring v. Charlottenb.
Felix Philippson, Meisterring v. Danzig
Walters Meldungen stehen bevor.

Die Kämpfe werden nach den Regeln des griechisch-römischen Ringkampfes ausgetragen. Das Schiedsgericht besteht aus hiesigen angesehenen Sportsleuten.

Vor den Ringkämpfen das glänzende **Variété-Programm**

Great Albons, Drahtseiltänzer u. Koptläufer auf dem Drahtseil. Die größte Sensation am Variété.
Robert Rossmann, der beliebte Humorist.
Bobby Kapsow, Wirbelkönig auf Xylophon, Trommel und Violine, langjähriger Mitglied der weltbekannten Adelmann-Familie.
Erich Burghaus, Heidenbariton von der Staatsoper Berlin. (4610)
Vorverkauf im Deumebau

Arbeiter-Bildungsausschuss
Am Sonntag, den 5. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr im Stadttheater
Sondervorstellung
Ruhrmann Henschel
Schauspiel in 5 Akten von Gerh. Hauptmann.
Die Karten werden verlost und sind zum Preis von 3.— Mk.
annumeriert Galerie u. unnumeriert Amphitheater 1,25 Mk.
in den Verkaufsstellen der Volkswacht, Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32, in den Bierbrauereien Grotte, Röhlg., Lantze Brücke 18 und Röhlg., Schöngasse 16 im Partizipat 4. Damm 7 III und bei den Vertikalen erhältlich. (4408)

Institut für Zahnleidende
Telefon 2621. **Pfefferstadt 71** Nahe Bahnhof.
Spezialärztl. Abteil. Spezialtechn. Abteil.
Mund- u. Zahnoperationen in örtlicher oder allgemeiner Betäubung. Zahnproben jeder Art. Zahnregulierungen.
Zahnersatz mit und ohne Gaumenplatte aller Systeme.
Reparaturen, Umarbeitungen scheinens. MAB. Kostenberechnung.
Sprechzeit 8—7. Sonntag 9—12. (3346)

Sparverein Arbeiter-Druckerei Westpreußen. (4399)
Die Mitgliederversammlung am 20. 3. 21 hat die Auflösung des Vereins zum 30. Juni 1921 beschlossen. Gemäß dieses Beschlusses sind die Guthaben der Mitglieder zum 30. 6. 1921 gekündigt. Wir fordern die Mitglieder auf, bis zu diesem Tage ihr Guthaben im Geschäftsbüro der Druckerei abzugeben. Soweit die Guthaben an diesem Tage noch nicht abgehoben sind, ohne daß auf eine Rückzahlung verzichtet wird, wird das Geld ohne Zinszahlung zu treuen Händen hinterlegt.
Die Liquidatoren.
Kriken. Fooker. Adomat.

Strandhalle Weichselmünde.
Die Saubäder sind eröffnet.
Einzelbad 75 P., Kinder 50 P., Zehnerticket 5 M., Kinder 4 M., Portokarten 6 M.
Jeden Sonntag von 4 Uhr an:
Kaffe-Freikonzert.
4407) Paul Stadler.

Elektrische Bahn.
Der Betrieb auf unseren sämtlichen Linien wird, nachdem der Streik beendet ist, von Dienstag, den 31. Mai ab wieder aufgenommen.
Die für Mai gelassenen Zeitkarten, auf welche bereits die Hälfte des Betrages zurückgezahlt ist, haben an diesem Tage noch Gültigkeit.
Um bei der Ausgabe der Zeitkarten pro Juni zu großen Andrang an den Zeitkartenschaltern zu vermeiden, werden die Abonnenten, die ihre Rückzahlungsbeträge noch nicht erhoben haben, gebeten, dies am 2. und 3. Juni nachzuholen. Nach diesem Termin kann eine Rückzahlung nicht mehr erfolgen.
Aus dem gleichen Grunde wird die Gültigkeit der bis zum Beginn der Pfingstferien ausgestellten Schülerkarten bis zum 4. Juni verlängert.
Der auf die bis zum 4. Juni ausgestellten Schülerkarten für die Dauer der Nichtbenutzung während des Streiks entfallende Geldbetrag wird auf die neu zu lösende Schülerkarte bei deren Lösung angerechnet.

Tarifänderungen.
Von Mittwoch, den 1. Juni 1921 ab tritt mit Genehmigung des Senats der Freien Stadt Danzig zur Deckung der unseren Bediensteten zugesagten Lohnzulagen eine Fahrpreiserhöhung nach folgenden Grundätzen ein:
Der jetzige Preis für die Einzelfahrscheine der Linie Danzig-Danzig sowie der Rückfahrtscheine auf den Linien Danzig-Obra, Danzig-Emaus, Danzig-Halbe Mühle und der Stadtlinie wird von 90 Pfg. auf 1.— Mk. erhöht.
Die Rückfahrtscheine haben vom 1. Juni ab nur Gültigkeit für diejenige Person, die den Schein gelöst hat.
Der Preis der übrigen Linien und Zeitkarten sowie der Zeitkarten bleibt unverändert.
Danzig-Danzig, den 26. Mai 1921.
Die Direktion. (4408)

Café Derra
Karthäuser Straße Nr. 142/143
Fernsprecher Nr. 1869.
5 Minuten vom Regierungsgebäude.
Empfehle meinen **Großen sonnigen und schattigen Garten** für erholungsbefähigte Familien sowie **großen Saal mit großer Saalbühne und große Garten-Naturbühne** für Gesellschaften und Vereine zu kulantesten Bedingungen.
Bestgepflegte Weine sowie hiesige und auswärtige Biere.
Anerkannt Derras Küche.
J. Derra.
Jeden Dienstag und Donnerstag:
Vornehmer Tanzabend

Kurhaus Westerplatte
W. Lukas
Mittwoch, d. 1. Juni:
GROSSES DOPPEL-KONZERT
Kur-Orchester | Männergesangsverein „Hansa“
Dirigent Kapellmeister Erich Walter vom Danziger Stadttheater | Dirigent Chormeister Bernhard Pier
Konzertmeister und Violin-Virtuose LOUIS CONRADL
früher Konzertmeister der Zoppoter Kur-Kapelle
Zum Schluß: Venezianische Nacht
Ab 2. Juni an den Wochentagen täglich:
GROSSES KONZERT
des Kur-Orchesters
bei freiem Eintritt

Volkfürsorge, Gemeinnützige Gesellschaft
— Sterbekasse —
Kein Polzeerverfall.
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder
Muskeln in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der
Verwaltungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Rattenbader 35
Puppen werden angefertigt und repariert. Perücken vorrätig. Kein Laden. 17
Winkler, Johannisgasse 63.
Verlangen Sie die „Volkstimme“ in den Gassen!

Fordern Sie überall
750 Röhmlider Shag
pro Paket
In verbesserter Qualität
vorzüglich für Pfeife und Zigarette
Tabakfabrik B. Schmidt Nachf., Danzig, Röhml 16
Telefon 2527.
Fabrikniederlage Danzig-Schlicht, Karthäuserstraße 113
Telefon 2747. (4089)

Sämtliche Bände
der **Arbeiter-Geundheitsbibliothek**
wieder vorrätig.
Buchhandlung „Volkswacht“,
Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 22.